

**Eine unabhängige rechtliche
Untersuchung der
Übertretungen der
Genozid-Konvention durch die
Russische Föderation in der
Ukraine und der Pflicht zur
Verhütung von Genozid**

MAI 2022

Vorwort von Dr. Azeem Ibrahim

Dieser Bericht ist der Erste, der sich mit einer der eher umstrittenen und folgenreichen Fragen der Invasion der Ukraine durch die Russische Föderation befasst: Ob dieser Krieg genozidalen Charakter besitzt. Bei noch stets andauernden Kämpfen ist es durch die Verfügbarkeit moderner Werkzeuge unerlässlich, dass dieser Frage nachgegangen und ihre Wahrheit kundgetan wird.

Bei der Häufigkeit, mit der der Begriff Genozid verwendet — und ebenso bestritten — wird, wäre es nicht hilfreich, Ungenauigkeit in der verwendeten Definition zuzulassen. Eine klare Feststellung der Tatsachen zusammen mit einer rechtlichen Analyse gemäß anwendbarem Recht ist wesentlich.

Dies ist ein Projekt des New Lines Instituts und des Raoul-Wallenberg-Zentrums, welche zur Behandlung des Themas drei Expertengruppen zusammengestellt haben. Zu diesen Expertengruppen gehören unter anderem ein Team von RechtsexpertInnen sowie ExpertInnen zum Thema Genozid, eine Gruppe von Open-Source-Intelligence AnalytikerInnen und SprachexpertInnen, die den weitläufigen Primärquellendatensatz bestehend aus abgefangenen Kommunikationen und Zeugenberichten, den dieser Krieg bereits erzeugt hat, nutzen konnten.

Das New Lines Institut und das Raoul-Wallenberg-Zentrum haben bereits umfangreiche Arbeiten zum Thema der Genozide an den Rohingya und den Uiguren durchgeführt — darunter das Verfassen des ersten Berichts zur Feststellung eines Genozids in Xinjiang unter Anwendung der Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes von 1948.

Der Bericht kommt zu dem Schluss, dass die Russische Föderation staatliche Verantworten für die Übertretungen von Artikel II und Artikel III der Genozid-Konvention, an die sie gebunden ist, trägt. Der Bericht kommt außerdem zu dem Schluss, dass unzweifelhaft das ernsthafte Risiko eines Genozids besteht, das die Verhütungspflicht der Unterzeichnerstaaten nach Artikel I der Genozid-Konvention auslöst.

Dies ist der erste Bericht seiner Art, aber nicht das letzte Wort zu diesem Thema. Wir hoffen, dass noch mehr folgt.

Dr. Azeem Ibrahim
Direktor, Spezialinitiativen
New Lines Institut für Strategie und Politik
Washington, DC

Kurzfassung

Dieser Bericht umfasst eine unabhängige Untersuchung der Übertretungen der Genozid-Konvention in der Ukraine durch die Russische Föderation und zeigt:

- 1) hinreichende Gründe für die Schlussfolgerung, dass Russland die Verantwortung für (i) unmittelbare und öffentliche Anreizung zur Begehung von Völkermord trägt sowie für (ii) Völkermord basierend auf der Absicht, die ukrainische nationale Gruppe teilweise zu zerstören; und
 - 2) das Bestehen eines ernsthaften Genozid-Risikos in der Ukraine, welches die rechtliche Pflicht aller Unterzeichnerstaaten zur Verhütung von Genozid auslöst.
- I. **Die geschützte Gruppe.** Die ukrainische nationale Gruppe ist innerstaatlich, international und von Russland ausdrücklich in formellen zwischenstaatlichen Beziehungen anerkannt und ist folglich gemäß der Genozid-Konvention geschützt.
 - II. **Aufstachelung zum Völkermord.** Gemäß Artikel III (c) der Genozid-Konvention ist unmittelbare und öffentliche Anreizung zur Begehung von Völkermord ein eindeutiges Verbrechen unabhängig davon, ob darauf tatsächlich ein Völkermord folgt.
 - III. **Russlands staatlich organisierte Aufstachelung zum Genozid.**
 - a) **Verleugnung der Existenz einer ukrainischen Identität.** Hochrangige russische Beamte und Kommentatoren staatlicher Medien verleugnen wiederholt die Existenz einer eigenständigen ukrainischen Identität, womit sie implizieren, dass jene, die sich selbst als UkrainerInnen identifizieren, die Einheit Russlands gefährden oder sich dem Nationalsozialismus hingeben und es folglich verdient haben, bestraft zu werden. Die Verleugnung der Existenz einer geschützten Gruppe ist gemäß dem UN-Leitfaden zur Bewertung des Risikos von Massengräueltaten ein spezifischer Indikator für Genozid.
 - b) **Spiegel-Argument.** Das „Spiegel-Argument“ ist historisch gesehen eine der stärksten Formen von Anreizung. Indem der Täter die anvisierte Gruppe beschuldigt, die gleichen Gräueltaten zu planen, die der Täter zu verüben vorhat, stellt er die Opfergruppe als existentielle Gefahr dar und lässt Gewalt gegenüber dieser Gruppe als defensiv und notwendig erscheinen. Präsident Putin und mehrere russische Beamte warfen als eigentlichen Vorwand für den Einmarsch in die Ukraine der Ukraine vor, Genozid oder Vernichtungshandlungen an der Zivilbevölkerung in den Gebieten zu verüben, die von durch Russland unterstützten Separatisten kontrolliert werden.
 - c) **“Entnazifizierung” und Entmenschlichung.** Russische Beamte und Staatsmedien nennen immer wieder „Entnazifizierung“ als eines der Hauptziele der Invasion und beschrieben UkrainerInnen allgemeinen als untermenschlich („zombifiziert“, „bestialisch“, „untergeordnet“), krank und verseucht („Dreck“, „Schmutz“, „Störung“), oder als existentielle Bedrohung und den Inbegriff allen Übels („Nazismus“, „Hitlerjugend“, „das Dritte Reich“). Diese Rhetorik zielt darauf ab, einen substanziellen Teil oder eine ganze Generation von UkrainerInnen als Nazis und Erzfeinde darzustellen und sie somit zu legitimen oder notwendigen Vernichtungszielen zu machen.
 - d) **Aufbau von UkrainerInnen als existentielle Bedrohung.** Im russischen Kontext setzt die staatlich organisierte Aufstachelungskampagne die gegenwärtige Invasion unverhohlen mit dem existentiellen Krieg der Sowjetunion gegen Nazi-Deutschland in Verbindung und verstärkt damit die Wirkung der Propaganda auf die russische Öffentlichkeit, damit diese bereit ist, Massengräueltaten zu verüben und zu dulden. Am 5. April 2022 postete der aktuelle Stellvertretende Vorsitzende des russischen Sicherheitsrates Dmitri Medwedew: „nachdem sie sich ins Dritte Reich verwandelt hat... wird die Ukraine das gleiche Schicksal erleiden... das, was sie verdient! ... Diese

schwierigen Aufgaben sind nicht auf die Schnelle zu erfüllen. Und sie werden nicht nur auf dem Schlachtfeld gelöst werden.“ Am Vortag des weithin gefeierten Tags des Sieges, der den sowjetischen Sieg über Nazi-Deutschland markiert, schickte Präsident Putin ein Telegramm an die von Russland unterstützten Separatisten, in dem er behauptete, dass die Russen „für die Befreiung ihrer Heimat vom Nazidreck,“ kämpfen und gelobte: „wie 1945 wird der Sieg wird unser sein“. Die Russisch-Orthodoxe Kirche bekräftigte diesen historischen Vergleich öffentlich und lobte Russlands Kampf gegen Nazis.

- e) **Konditionierung des russischen Publikums zur Verübung und Duldung von Gräueltaten.** Der Kreml hat die Gräueltaten, die von seinen Streitkräften begangen wurden, geleugnet und die Soldaten, die unter Verdacht stehen, Massenmord in der Ukraine begangen zu haben, belohnt und damit seine Soldaten darin bestärkt, weitere Gräueltaten zu begehen, und die russische Öffentlichkeit darin bestärkt, weitere Gräueltaten zu dulden. Der Kreml hat die Möglichkeit, die Öffentlichkeit direkt aufzustacheln, indem er seine Propaganda durch eine kontrollierte Medienlandschaft und extreme Zensurmaßnahmen rund um den Krieg trichtert und verstärkt. Die Verbreiter der Aufstachelungspropaganda sind hochgradig einflussreiche Personen aus Politik, Kirche und den staatlich kontrollierten Medien, darunter auch Präsident Putin. Es häufen sich Beweise, dass die russischen Soldaten die staatliche Propaganda internalisiert haben und darauf reagieren, indem sie deren Inhalte während der Verübung von Gräueltaten wiedergeben. Dies sind unter anderem einige der berichteten Aussagen von Soldaten: Drohungen, „alle Nazihuren“ zu vergewaltigen, „Nazis zu jagen,“ „wir werden euch von den Nazis befreien,“ „wir sind hier, um euch vom Schmutz zu reinigen“ (nach einer öffentlichen Hinrichtung).
- IV. **Genozidale Absicht.** Was Genozid als Verbrechen ausmacht, ist die „Absicht, eine [geschützte Gruppe] als solche ganz oder teilweise zu zerstören“. Diese Absicht kann einem Staat durch Beweise für einen allgemeinen Plan (abgeleitet aus offiziellen Aussagen, Dokumenten oder politischen Entscheidungen) zugeschrieben werden oder aus einem systematischen Muster von Gräueltaten gegen die geschützte Gruppe gefolgert. Die fünf genozidalen Handlungen — Tötung von Mitgliedern der Gruppe; Zufügung von schwerem körperlichem oder seelischem Schaden an Mitgliedern der Gruppe; vorsätzliche Unterwerfung der Gruppe unter Lebensbedingungen mit dem Ziel, ihre körperliche Zerstörung ganz oder teilweise herbeizuführen; Verhängung von Maßnahmen, die auf die Geburtenverhinderung innerhalb der Gruppe gerichtet sind; gewaltsame Überführung von Kindern der Gruppe in eine andere Gruppe — können in ihrer Gesamtheit betrachtet ebenfalls auf eine genozidale Absicht hinweisen.
- a) **Ein genozidaler Plan.** Ein „allgemeiner Plan“, die ukrainische nationale Gruppe teilweise zu zerstören, zeigt sich durch die Aufstachelung zum Genozid, die eine treibende Kraft der gegenwärtigen Invasion ist, oder durch die auffälligen in den begangenen Gräueltaten sichtbaren Muster und Methoden, welche darauf hindeuten, dass es sich dabei um eine militärische Strategie handelt.
- V. **Genozidales Muster der auf UkrainerInnen abzielten Zerstörung.**
- a) **a) Massentötungen.** Russische Kräfte haben in den besetzten Gebieten ukrainische ZivilistInnen zum Zwecke von Massenexekutionen zusammengetrieben, die durch ein Muster gemeinsamer Tötungsmethoden gekennzeichnet sind — Hände gefesselt, gefoltert und aus nächster Nähe in den Kopf geschossen. Das gut dokumentierte Massaker in Butscha könnte auf eine kohärente Strategie hinweisen, welche von russischen Kräften in den momentan unzugänglichen besetzten Gebieten verfolgt wird.

- b) **Absichtliche Angriffe auf Schutzeinrichtungen, Evakuierungsrouten und humanitäre Korridore.** Russische Kräfte beschießen auf systematische Art und Weise mit Präzision Schutzeinrichtungen und Evakuierungsrouten, was auf eine dahinterliegende militärische Strategie hinweist, die darin liegt, in belagerten Konfliktgebieten ZivilistInnen zu töten und einzuschließen.
- c) **Wahlloses Bombardement von Wohngebieten.** Russische Kräfte haben auf umfangreiche Weise von Natur aus willkürliche Waffen mit weitem Wirkungsbereich, oder Streumunition, zum Beschuss von dicht bevölkerten Gebieten in mindestens acht ukrainischen Oblasten eingesetzt.
- d) **Belagerungen durch das russische Militär: Vorsätzliche Unterwerfung der Gruppe unter Lebensbedingungen mit dem Ziel, ihre körperliche Zerstörung ganz oder teilweise herbeizuführen.** Während sie die UkrainerInnen in belagerten Städten unerbittlich von innen und außen bombardierten, sorgten russische Kräfte gleichzeitig und absichtlich für Lebensbedingungen, die darauf abzielten, deren körperliche Zerstörung herbeizuführen.
- i. **Zerstörung von lebenswichtiger Infrastruktur.** Russische Kräfte folgen in ihren Belagerungen ukrainischer Städte stets einem ähnlichen brutalen Muster, indem sie zuerst Wasserversorgung, Stromversorgung und Kommunikationswege zerstören und weiters medizinische Einrichtungen, Getreidelager und Verteilungszentren für Hilfsgüter anvisieren. Damit demonstrieren sie eine militärische Strategie und Politik, die darauf abzielt, tödliche Bedingungen für die ukrainische Bevölkerung herbeizuführen. Diese koordinierten Aktionen des russischen Militärs mit dem Ziel, die ukrainische Bevölkerung lebensnotwendiger Güter zu berauben und sie unter destruktiven Bedingungen festzuhalten, zeigen, dass die Belagerungen berechnend darauf abzielen, ihre körperliche Zerstörung herbeizuführen. Stand: 15. April haben 1,4 Millionen Menschen in der östlichen Ukraine überhaupt keinen Zugang zu Trinkwasser und weitere 4,6 Millionen Menschen keinen angemessenen Zugang zu Trinkwasser.
 - ii. **Angriffe auf die Gesundheitsversorgung.** Bis zum 25. Mai hat die Weltgesundheitsorganisation 248 Angriffe auf die Gesundheitsversorgung der Ukraine dokumentiert. Die anhaltenden und absichtlichen Angriffe russischer Kräfte auf Geburtskliniken sind besonders beweiskräftig im Hinblick auf die Beurteilung genozidalen Vorsatzes, denn sie stellen vier der fünf in der Genozid-Konvention definierten genozidalen Handlungen dar: Tötung oder Zufügung von schwerem körperlichem oder seelischem Schaden, die Verschlimmerung allgemein bereits lebensbedrohlicher Zustände und die Hinderung ukrainischer Frauen daran, sicher zu gebären.
 - iii. **Zerstörung und Beschlagnahmung notwendiger Güter, humanitärer Hilfsgüter und Getreide.** Russische Kräfte haben riesige Vorratsmengen zerstört und beschlagnahmt, wovon hunderttausende Tonnen nach Russland ausgeführt wurden, und haben wiederholt humanitäre Hilfsgüter aufgehalten beziehungsweise beschlagnahmt oder humanitäre Helfer festgenommen, die versuchten, ZivilistInnen zu evakuieren. Auf diese Weise gebrauchen sie Hunger als Kriegswaffe.
 - iv. **Andere Orte mit lebensbedrohlichen Zuständen.** Russische Kräfte haben UkrainerInnen an anderen Orten festgehalten, wo sie keinen Zugang zu lebensnotwendiger Versorgung hatten, was in bestimmten Fällen zu einem schnelleren Tod durch Ersticken oder Verhungern geführt hat.
- e) **Vergewaltigung und sexuelle Gewalt.** Berichte von sexueller Gewalt in von Russland besetzten Gebieten weisen auf ein systematisches Muster hin, zu dem Gruppenvergewaltigung, Vergewaltigung in Heimen oder Schutzeinrichtungen, Vergewaltigung von Eltern vor den Augen der Kinder und umgekehrt sowie Sexsklaverei gehören. Vergewaltigung und sexuelle Gewalt können mehrere

genozidale Handlungen darstellen: Maßnahmen zur Geburtenverhinderung und Zufügung von gut dokumentiertem langfristigem körperlichem und biologischem Schaden. Der wahre Umfang der sexuellen Gewalt in diesem Krieg wird erst im Laufe der Zeit zutage treten, wird aber vermutlich niemals vollständig ans Licht kommen.

f) Zwangstransfer von UkrainerInnen. Russland hat seit Beginn der Invasion die Umsiedlung von über einer Million UkrainerInnen nach Russland gemeldet, darunter über 180,000 Kinder. Flüchtlinge und ukrainische Offizielle haben davon berichtet, gewaltsam oder unter Androhung von Gewalt transferiert worden zu sein. Offiziellen ukrainischen Stellen zufolge wird in Russland Gesetzgebung dahingehend reformiert, um die Adoption von Kindern aus dem Donbas zu erleichtern, während ukrainische Kinder, die gewaltsam nach Russland verbracht wurden, gezwungen werden, Russischkurse zu absolvieren. Der gewaltsame Transfer von ukrainischen Kindern nach Russland ist eine genozidale Handlung gemäß Artikel II (e) der Genozid-Konvention.

VII. Die Absicht, die ukrainische nationale Gruppe teilweise zu zerstören. Die Absicht, eine Gruppe „teilweise“ zu zerstören, wird nicht nur durch die Zahl ukrainischer Opfer ermittelt, die stark unterschätzt wird. Das Ausmaß der gegen UkrainerInnen gerichteten Gräueltaten muss in relativem Verhältnis zum Tätigkeits- und Kontrollbereich Russlands bemessen werden. Russische Kräfte haben bei ihrem Rückzug aus besetzten Gebieten eine Spur konzentrierter physischer Zerstörung hinterlassen, darunter Massenerschießungen aus nächster Nähe, Folter, die Zerstörung lebenswichtiger Infrastruktur, Vergewaltigung und sexuelle Gewalt. Die gezielte Ermordung oder das Verschwindenlassen von ukrainischen Führungspersonen oder AktivistInnen ist ein weiterer Beweis für die Absicht, die ukrainische nationale Gruppe teilweise zu zerstören, weil diese Personen emblematisch für die Gruppe sind oder für das Überleben der Gruppe essenziell sind.

VIII. Die Pflicht, Genozid zu verhüten. Staaten haben eine rechtliche Verpflichtung, Genozid außerhalb ihrer Grenzen zu verhüten, sobald sie eines ernsthaften Genozid-Risikos gewahr werden — ein Sachverhalt, den dieser Bericht klar etabliert und dessen Kenntnis Staaten nun nicht mehr abstreiten können. Die Genozid-Konvention erlegt den Staaten die rechtliche Mindestverpflichtung auf, angemessene Maßnahmen zur Verhütung eines Genozids und zum Schutz gefährdeter ukrainischer ZivilistInnen vor der unmittelbaren Gefahr eines Genozids zu treffen.

**Dieser Bericht wurde unter Mitwirkung und in Absprache mit zahlreichen unabhängigen
ExpertInnen erstellt, darunter die Folgenden:**

Yonah Diamond

Prof. John Packer

Erin Farrell Rosenberg

Prof. Susan Benesch

Rayhan Asat

Adejoké Babington-Ashaye

Christopher Atwood

Santiago A. Canton

Hon. Irwin Cotler

Prof. David Crane

Dato Param Cumaraswamy

Botschafter. Kelley Currie

Prof. Tanya L. Domi

Dr. Tatyana Eatwell

Mark Ellis

Zoe Gladstone

Prof. Max Hilaire

Mofidul Hoque

Prof. Steven T. Katz

Prof. Hiroaki Kuromiya

Prof. Errol Mendes

Prof. Norman M. Naimark

Dr. Melanie O'Brien

Dr. Ewelina U. Ochab

Prof. Maxim Pensky

Emily Prey

Botschafter Allan Rock

Dean Michael Scharf

Botschafter David J. Scheffer

Prof. Marci Shore

Dr. David Simon

Prof. Timothy Snyder

Dr. Gregory H. Stanton

Chief Charles Taku

Dr. György Tatár

Robert Tyler

Table of Contents

Vorwort von Dr. Azeem Ibrahim.....	1
Einleitung	3
Rechtsrahmen für Staatliche Verantwortung.....	4
1. Die Genozid-Konvention	4
2. Verhütung: der zentrale Zweck der Genozid-Konvention.....	5
3. Zuschreibung staatlicher Verantwortung.....	6
Kurzer historischer Hintergrund	7
Die geschützte nationale Gruppe.....	7
I. Direkte und öffentliche Anreizung zur Verübung von Genozid	8
Anwendbares Recht	8
Das Schaffen der Grundlage für die Anreizung zum Völkermord: Leugnung der Existenz der ukrainischen nationalen Gruppe.....	10
Vorwand für die Invasion: „Spiegel-Argument“ und die Konstruktion einer existentiellen Bedrohung durch die Ukraine	11
“Entnazifizierung” und Entmenschlichung.....	12
Die Konditionierung des russischen Publikums zur Verübung und Billigung von Gräueltaten	15
II. Beweise für genozidale Absicht.....	17
Anwendbares Recht	17
Ein allgemeiner Plan.....	18
Rückschluss auf eine genozidale Absicht aufgrund eines Musters von gegen UkrainerInnen gerichteten Zerstörungsaktionen.....	19
Boden-Massaker/Massenmord.....	19
Absichtliche Angriffe auf Zufluchtsorte, Evakuierungsrouten und humanitäre Korridore.....	22
Willkürliche Bombardierung von Wohngebieten	24
Russische militärische Belagerungen: Vorsätzliche und systematische Herstellung von lebensbedrohlichen Umständen	25
Vergewaltigung und sexuelle Gewalt	27
Zwangstransfer von UkrainerInnen.....	30
Zerstörung von kulturellen und heiligen Stätten	30
Die Absicht zur teilweisen Zerstörung.....	31
Zuschreibung von genozidaler Absicht.....	32
III. Die Pflicht, Genozid zu verhüten	32
Das unmittelbare Risiko eines Genozids	33
Das Wesen der Pflicht zur Verhütung von Genozid	34
Fazit.....	35
Nachwort von Hon. Irwin Cotler.....	36
Anhang	37

Einleitung

Dieser Bericht, der als dringende Reaktion auf die anhaltenden Gräueltaten erstellt wurde, ist eine unabhängige Untersuchung der Übertretungen der *Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes* durch Russland im Rahmen seiner Invasion der Ukraine. Die Genozid-Konvention erlegt allen Unterzeichnerstaaten, darunter auch Russland, die rechtliche Pflicht auf, zur Verhütung von Genozid tätig zu werden, sobald ernsthaftes Risiko entsteht, oder einen bereits ablaufenden Genozid zu beenden. Die Verhütungspflicht ist eine eigenständige rechtliche Pflicht und, wie aus dem Namen der Konvention hervorgeht, wird sie bereits ausgelöst *bevor ein Genozid erfolgt*.¹ Dieser Bericht kommt gerechtfertigter Weise zu dem Schluss, dass Russland, basierend auf der Absicht, die ukrainische nationale Gruppe teilweise zu zerstören, Verantwortung für Anreizung zum Genozid und für Genozid trägt. Der Bericht kommt des Weiteren definitiv zu dem Schluss, dass ein ernsthaftes Genozid-Risiko besteht, welches die Verhütungspflicht der Unterzeichnerstaaten auslöst.

Die Nürnberger Prozesse stellten 1947 historisch klar, dass „Verbrechen gegen internationales Recht werden von Individuen begangen, nicht von abstrakten Gebilden.“² Dieser Bericht ist dazu intendiert, parallellaufende internationale Prozesse zu stärken, die darauf abzielen, einzelne Täter zu identifizieren und für alle Kerndelikte, darunter Genozid, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen und Aggression, zur Rechenschaft zu ziehen. Die Gräueltaten, die in diesem Bericht dokumentiert und gesammelt sind, sollten genutzt werden, um diese strafrechtlichen Ermittlungen und Strafverfolgungsmaßnahmen voranzutreiben. Dieser Bericht ist dazu gedacht, die Staaten — die wichtigsten Akteure zwischenstaatlicher Beziehungen – über ihre aktuellen und rechtlich bindenden Pflichten gemäß der Genozid-Konvention in Kenntnis zu setzen, um sicherzustellen, dass sie diesen in vollem Umfang gerecht werden.

Methodik

Dieser Bericht basiert größtenteils auf Open-Source-Materialien und befasst sich mit dem Zeitraum bis zum 22. Mai 2022, sollte aber im Kontext der sich rasch entwickelnden Situation vor Ort gelesen werden. Handelt es sich bei der einzigen Quelle für eine Aussage um eine offizielle Quelle, so wird dies im Text ausdrücklich angegeben. Der Bericht ist in drei Hauptabschnitte unterteilt — Aufreizung zur Verübung von Genozid, Beweise für eine genozidale Absicht und die Pflicht zur Verhütung von Genozid.

In Fällen von Völkermord hat der Internationale Gerichtshof (IGH) in der Vergangenheit aufgrund der außergewöhnlichen Schwere der Anschuldigungen einen höheren Beweisstandard als die Abwägung der Wahrscheinlichkeiten angewandt.³ Dieser Bericht jedoch wendet einen „vernünftige Gründe für die Schlussfolgerung“-Standard auf die Frage an, ob ein Staat gegen die Genozid-Konvention verstoßen hat, weil es sich um eine außergerichtliche Untersuchung inmitten eines laufenden Krieges handelt und man sich in einem frühen Stadium des gesamten Ermittlungsprozesses befindet.⁴ Um aufzuzeigen, dass ein ernstes Genozid-Risiko besteht, das die Pflicht der Staaten zur Verhütung von Genozid auslöst, verwendet der Bericht einen zweiten Standard: „schlüssig“ oder „vollends überzeugend“.

¹ *Bosnien gegen Serbien* Urteil 2007 Absatz 148

² Urteil des Internationalen Militärtribunal Nürnberg 1946, S. 55

³ Internationaler Gerichtshof (IGH) *Bosnien* 2007 Absatz 209. Das Gericht hält fest, dass es „vollständig überzeugt“ sein muss, dass das Verbrechen oder Handlungen nach Artikel III begangen wurden.

⁴ Die Unabhängige Internationale Untersuchungsmission zu Myanmar beschreibt diesen Standard, im Hinblick auf Tatsachenfeststellungen, als erfüllt, „wenn ein ausreichender und verlässlicher Bestand an Primärinformationen in Übereinstimmung mit anderen Informationen eine normalerweise umsichtige Person vernünftigerweise zu dem Schluss kommen lassen würde, dass ein Vorfall oder ein Verhaltensmuster vorliegt“ (Abs. 6) A/HRC/39/64

Rechtsrahmen für Staatliche Verantwortung

1. Die Genozid-Konvention

Das Verbrechen des Genozids nach internationalem Recht ist in der Genfer Konvention festgeschrieben, einem Abkommen, das die Sowjetunion (heute Russland) 1949 unterschrieb und 1954 ratifizierte.⁵ Die Verpflichtungen Russlands nach der Genfer Konvention gelten *erga omnes*, oder gelten gegenüber der internationalen Gemeinschaft in ihrer Gesamtheit, was sich aus dem *Jus-Cogens*-Status des Verbots von Genozid ergibt.⁶ Die Genozid-Konvention sieht strafrechtliche Verantwortung von Personen für Genozid und damit in Verbindungen stehende Handlungen vor, während Staaten für solche Handlungen in einem anderen, wenn auch manchmal überlappenden, Rechtsrahmen zur Rechenschaft gezogen werden können.⁷ Wichtig ist, dass gemäß dem Völkerrecht der Beweisstandard für Abkommensverstöße geringer ist als jener bei einem strafrechtlichen Verfahren.⁸ Die Verantwortung eines Staates für Verstöße gegen das Völkerrecht ergibt sich aus den dem Staat zuzurechnenden völkerrechtswidrigen Handlungen oder, im Falle von Genozid, rechtswidrigen Handlungen von außergewöhnlicher Schwere, die dem Staat zuzurechnen sind.

Dieser Bericht beschäftigt sich nicht mit individueller *strafrechtlicher* Verantwortung, sondern vielmehr mit der Frage, ob Russland *staatliche* Verantwortung für die Übertretungen der Genozid-Konvention, eines zwischen seinen 152 Vertragsstaaten rechtsverbindlichen Abkommens, trägt. Der Bericht verwendet die Genozid-Konvention als primäre Rechtsquelle mit Blick auf die relevante internationale Jurisprudenz, übliches internationales Recht, staatliche Praxis und wissenschaftliche Arbeit.

Artikel I der Genozid-Konvention besagt für die Vertragsstaaten, dass Völkermord, „ob in Friedens- oder in Kriegszeiten begangen, ein Verbrechen nach Völkerrecht ist, zu dessen Verhütung und Bestrafung sie sich verpflichten.“⁹

Artikel II definiert Genozid (oder Völkermord) folgendermaßen:

⁵ Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes (Genocide Convention) wurde einstimmig angenommen, Resolution der UN-Generalversammlung 260 (III) 9. Dezember 1948 https://www.un.org/en/genocideprevention/documents/atrocities-crimes/Doc.1_Convention%20on%20the%20Prevention%20and%20Punishment%20of%20the%20Crime%20of%20Genocide.pdf. Es gibt mittlerweile 152 Vertragsstaaten, „Status of Treaties: Convention on the Prevention and Punishment of the Crime of Genocide,“ United Nations Treaty Collection https://treaties.un.org/pages/ViewDetails.aspx?src=TREATY&mtsg_no=IV-1&chapter=4&clang=_en#33.

⁶ *Bosnien Herzegowina gegen Jugoslawien*, IGH Urteil, 11. Juli 1996, Absatz 31; siehe auch den Bericht der Völkerrechtskommission über die Arbeit ihrer 53. Tagung (2001) S.112-113 https://legal.un.org/ilc/documentation/english/reports/a_56_10.pdf.

⁷ *Bosnien gegen Serbien* Absatz 167-69, 174. Der IGH stützt seine Schlussfolgerung, dass Staaten für Völkermord und damit verbundene Handlungen nach Artikel III auf den ausdrücklichen Wortlaut von Artikel IX der Genozid-Konvention, der die „Verantwortlichkeit eines Staates für Genozid oder für eine der anderen in Artikel III aufgezählten Handlungen“ vorsieht. Siehe auch P. Gaeta „On What Conditions Can a State Be Held Responsible for Genocide?“, *European Journal of International Law*, 2007, S. 643 („Um eine internationale Verantwortung des Staates zu begründen, müsste jedoch nicht nachgewiesen werden, dass der Staat als solcher — oder einer oder mehrere seiner Beamten — eine völkermörderische Absicht im strafrechtlichen Sinne hegte. Dieses Erfordernis gilt nur für die strafrechtliche Verantwortung von Einzelpersonen“)

⁸ Zum Beweisstandard in Bezug auf die Genozid-Konvention, siehe unter anderen Stephen Wilkinson, „Standards of Proof in International Humanitarian and Human Rights Fact-Finding and Inquiry Missions“, *Genfer Akademie für Humanitäres Völkerrecht und Menschenrechte*, S. 20, <https://www.geneva-academy.ch/joomlatools-files/docman-files/Standards%20of%20Proof%20in%20Fact-Finding.pdf>.

⁹ Genozid-Konvention Artikel II

In dieser Konvention bedeutet Völkermord eine der folgenden Handlungen, die in der Absicht begangen wird, eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören:

- a) Tötung von Mitgliedern der Gruppe;
- b) Zufügung von schwerem körperlichem oder seelischem Schaden an Mitgliedern der Gruppe;
- c) vorsätzliche Unterwerfung der Gruppe unter Lebensbedingungen mit dem Ziel, ihre körperliche Zerstörung ganz oder teilweise herbeizuführen;
- d) Verhängung von Maßnahmen, die auf die Geburtenverhinderung innerhalb der Gruppe gerichtet sind;
- e) Gewaltsame Überführung von Kindern der Gruppe in eine andere Gruppe.

Demnach gibt es gemäß Artikel II drei Bestandselemente: (1) die Verübung einer der beschriebenen genozidalen Handlungen gegen (2) eine geschützte Gruppe (3) mit der Absicht, die Gruppe ganz oder teilweise zu zerstören. Unter Artikel III sind die strafbaren Handlungen aufgeführt, darunter: "Völkermord; Verschwörung zur Begehung von Völkermord; unmittelbare und öffentliche Anreizung zur Begehung von Völkermord; Versuch des Völkermordes und Beteiligung am Völkermord."¹⁰

2. Verhütung: der zentrale Zweck der Genozid-Konvention

Verhütung von Genozid ist der Hauptzweck der Genozid-Konvention, wie es der operative Begriff in ihrem Titel — Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes — und die ausdrückliche rechtliche Verpflichtung gemäß Artikel I implizieren:

Die Pflicht eines Staates zur Verhütung von Genozid und die damit einhergehende Pflicht zu handeln, entsteht in dem Moment, in dem der Staat von der Existenz eines ernsthaften Risikos, dass ein Völkermord bevorsteht, erfährt oder normalerweise bereits davon erfahren haben sollte.¹¹

Die Pflicht zur Verhütung von Genozid beschränkt sich nicht nur auf das eigene Staatsgebiet, sondern erstreckt sich auf alle Bereiche, in denen der Staat „in geeigneter Weise tätig werden kann.“¹² Das Wiener Übereinkommen über das Recht der Verträge (WÜRV), oder „Die Wiener Vertragsrechtskonvention“, dem Russland ebenso beigetreten ist, liefert die Rahmenbedingungen für die Interpretation von Abkommen. Artikel 31 besagt:

Ein Vertrag ist nach Treu und Glauben in Übereinstimmung mit der gewöhnlichen, seinen Bestimmungen in ihrem Zusammenhang zukommenden Bedeutung und im Lichte seines Zieles und Zweckes auszulegen.¹³

Abkommen werden in Bezug auf ihre Präambeln und Anlagen interpretiert.¹⁴ Die Präambel der Konvention bezieht sich auf die Resolution der UN-Generalversammlung, die den Auftrag zu

¹⁰ Genozid-Konvention Artikel III

¹¹ *Bosnien gegen Serbien*, Absatz 431.

¹² *Bosnien gegen Serbien*, Absatz 183.

¹³ Wiener Übereinkommen über das Recht der Verträge, 23. Mai 1969, WÜRV

https://legal.un.org/ilc/texts/instruments/english/conventions/1_1_1969.pdf.

¹⁴ WÜRV, Art. 31 (2)(a). In Bezug auf „Kontext“, siehe auch Raphael Lemkins *Die Herrschaft der Achsenmächte im besetzten Europa*, zum Ursprung des Begriffs „Genozid“ und Vorläufer der Genozid-Konvention. Lemkin definierte Völkermord als „nicht notwendigerweise die unmittelbare Zerstörung einer Nation ... vielmehr als einen koordinierten Plan verschiedener Aktionen, die

ihrer Ausarbeitung erteilt und das Verbrechen des Völkermordes im Völkerrecht folgendermaßen bekräftigte:

Die Verweigerung *des Existenzrechtes* einer gesamten Gruppe von Menschen ... [die] in einem großen Verlust für die Menschheit in Form von kulturellen und anderen Beiträgen, die von solchen Menschengruppen repräsentiert werden, resultiert und den moralischen Gesetzen sowie dem Geist und den Zielen der Vereinten Nation widerspricht.¹⁵

Ziel und Zweck des Vertrages sind sowohl im Titel der Konvention als auch in Artikel I ausdrücklich genannt: die Vertragsparteien zu verpflichten, Genozid zu verhindern und zu bestrafen. Dem IGH zufolge zielt die Konvention darauf ab, „die Existenz bestimmter Menschengruppen zu schützen“¹⁶. Dieses Ideal bildet „die Grundlage und das Maß all seiner Bestimmungen.“¹⁷ Dieser Bericht sollte im Lichte dieses Hauptziels gelesen werden: der Verhütung von Genozid vor Eintreten der ganzen oder teilweisen Zerstörung der geschützten Gruppe und deren Schutz.¹⁸

3. Zuschreibung staatlicher Verantwortung

Die Artikel der Völkerrechtskommission (ILC) aus dem Jahr 2001 *Verantwortung der Staaten für völkerrechtswidrige Handlungen* liefert die Regeln dafür, einem Staat gemäß allgemeinem Völkerrecht oder internationalem Gewohnheitsrecht rechtswidrige Handlungen zuzuschreiben.¹⁹ Gemäß der Artikel über die Verantwortung der Staaten werden rechtswidrige Handlungen Staaten zugeschrieben, wenn sie von Personen oder juristischen Personen verübt werden, die (1) ein staatliches Organ gemäß staatlichen Rechts (*de jure*) sind oder in „vollständiger Abhängigkeit“ vom Staat (*de facto*) handeln;²⁰ (2) durch die

auf die Zerstörung wesentlicher Lebensgrundlagen nationaler Gruppen abzielen, mit dem Ziel, die Gruppen selbst zu vernichten. Das Ziel eines solchen Plans wäre die Auflösung der politischen und sozialen Institutionen der Kultur, der Sprache, der nationalen Gefühle, der Religion und der wirtschaftlichen Existenz nationaler Gruppen sowie die Zerstörung der persönlichen Sicherheit, der Freiheit, der Gesundheit, der Würde und sogar des Lebens der Individuen, die solchen Gruppen angehören.“

Raphael Lemkins *Axis Rule in Occupied Europe* (Washington, D.C., 1944), S. 79.

¹⁵ UN-Generalversammlung, *The Crime of Genocide*, 11. Dezember 1946, A/RES/96

<https://www.refworld.org/docid/3b00f09753.html>.

¹⁶ IGH Gutachten 1951, S. 12

¹⁷ Ebd.

¹⁸ Nach Artikel 31 Absatz 3 WÜRV sind Vertragsbestimmungen im Lichte späterer (a) Übereinkünfte und (b) jede spätere Übung bei der Anwendung des Vertrags aus der die Übereinstimmung der Vertragsparteien über seine Auslegung hervorgeht, sowie „(c) jeder in den Beziehungen zwischen den Vertragsparteien anwendbarer einschlägiger Völkerrechtssatz“ weiter auszulegen. Darüber hinaus sieht Artikel 31(4) vor: „[Eine] besondere Bedeutung ist einem Ausdruck beizulegen, wenn feststeht, daß die Vertragsparteien dies beabsichtigt haben.“ Nach Artikel 32 können ergänzende Auslegungsmittel, einschließlich der „vorbereitenden Arbeiten zum Vertrag, herangezogen werden, um die Bedeutung von Vertragsklauseln zu bestätigen oder „die Bedeutung zu bestimmen, wenn die Auslegung nach Artikel 31 [entweder]: (a) die Bedeutung mehrdeutig oder dunkel läßt oder (b) zu einem offensichtlich sinnwidrigen oder unvernünftigen Ergebnis führt“

¹⁹ Die Völkerrechtskommission wurde 1947 von der UN-Vollversammlung (UNGA) eingesetzt, um ihr Mandat gemäß Artikel 13 Absatz 1 Buchstabe a) der Charta der Vereinten Nationen wahrzunehmen und „Studien zu veranlassen und Empfehlungen auszusprechen, um [...] die fortschreitende Entwicklung des Völkerrechts und seine Kodifizierung zu fördern“; dementsprechend sind ihre von der UNGA verabschiedeten Ansichten maßgebend. Siehe auch *Bosnien gegen Serbien*, Abs. 149, 401

²⁰ *Responsibility of States for Internationally Wrongful Acts*, 2001, Artikel 4, *Conduct of organs of a State* gibt an:

„1. Das Verhalten jedes staatlichen Organs wird nach dem Völkerrecht als Handeln dieses Staates betrachtet, gleich ob das Organ rechtsetzende, vollziehende, rechtsprechende oder andere Funktionen ausübt, gleich welche Stellung es in der Organisation des Staates hat und gleich welcher Art es als Organ der Zentralregierung oder einer Gebietseinheit des Staates ist.

2. Ein Organ schließt jede natürliche oder juristische Person ein, die diesen Status nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts des Staates hat.“

https://legal.un.org/ilc/texts/instruments/english/draft_articles/9_6_2001.pdf; see ICJ *Bosnien* Abs. 392 und *Nicaragua* Abs. 109.

Staatsgesetzgebung zur Ausübung von Elementen der Staatsgewalt ermächtigt sind;²¹ oder (3) auf Anweisung oder unter Leitung oder „direkter Kontrolle“ eines staatlichen Organs, gemäß der ständigen Jurisprudenz, handeln.²²

Die Handlungen von Personen oder juristischen Personen, welche Staatsgewalt ausüben, sind sogar dann dem Staat zuordenbar, wenn sie ihre Befugnisse oder Anweisungen überschreiten.²³ Das Verhalten der russischen Streitkräfte und von russischen Beamten, in ihrer Rolle als Organe des Staates²⁴, und das Verhalten von Personen oder juristischen Personen, die unter ihrer direkten Kontrolle stehen, inklusive von Akteuren staatlicher Medien und von durch die russische Regierung kontrollierten Beamten oder juristischen Personen innerhalb der selbst ernannten „Republiken“, sind Russland zuordenbar.²⁵ Dieser Bericht wägt ab, ob jene Personen oder juristischen Personen, welche Anreizung zur Verübung von Genozid gemäß Artikel II (c) oder Genozid gemäß Artikel II verüben, Russland zuordenbar sind.²⁶

Kurzer historischer Hintergrund

Im Dezember 1991 erlangte die Ukraine ihre vollständige Unabhängigkeit (92 Prozent der ukrainischen Bevölkerung stimmte für die Unabhängigkeit) und internationale Anerkennung als souveräner Staat, obwohl eine einzigartige ukrainische nationale Identität bereits lange vor der offiziellen Unabhängigkeit existierte. Im Juni 1996 ratifizierte das ukrainische Parlament eine neue Verfassung, worin, neben einer Reihe von anderen Nationalitätsmerkmalen, Ukrainisch als Amtssprache anerkannt wurde. Im April 2021 entsandte Russland mehr als einhunderttausend Soldaten ins ukrainische Grenzgebiet — der größte Truppenaufmarsch seit 2014. Am 21. Februar 2022 wurden die Regionen Luhansk und Donezk durch den Kreml als unabhängige Republiken anerkannt. Am 23. Februar 2022 befahl Russlands Präsident Wladimir Putin den russischen Truppen in die Ukraine einzufallen, was sie tags darauf taten.²⁷

Die geschützte nationale Gruppe

²¹ Ebd. Artikel 5 *Conduct of persons or entities exercising elements of governmental authority*

„Das Verhalten einer natürlichen oder juristischen Person, die nicht ein Organ des Staates nach Art. 4 ist, aber durch das Recht dieses Staates ermächtigt ist, Elemente der hoheitlichen Gewalt auszuüben, wird nach dem Völkerrecht als Handeln des Staates betrachtet, vorausgesetzt die natürliche oder juristische Person handelt in dem gegebenen Fall in dieser Eigenschaft.“

²² Ebd. Artikel 8 „Das Verhalten einer Person oder Personengruppe wird nach dem Völkerrecht als Handeln eines Staates betrachtet, wenn die Person oder Personengruppe in der Ausführung des Verhaltens tatsächlich auf Anweisung oder unter der Leitung oder Kontrolle dieses Staates handelt.“ Siehe *Bosnien gegen Serbien* Abs. 396-407

²³ Ebd. Artikel 7 „Das Verhalten eines Organs eines Staates oder einer natürlichen oder juristischen Person, die zur Ausübung von Elementen der hoheitlichen Gewalt ermächtigt ist, wird nach dem Völkerrecht als Handeln des Staates betrachtet, wenn das Organ oder die natürliche oder juristische Person in dieser Eigenschaft handelt, selbst wenn sie ihre Befugnisse überschreiten oder Anweisungen zuwiderhandeln.“

²⁴ Siehe Regel 149, Die Studie des ICRC (Internationales Komitee vom Roten Kreuz) über „customary international humanitarian law“ (humanitäres Völkergewohnheitsrecht), https://ihl-databases.icrc.org/customary-ihl/eng/docs/v1_rul_rule149#Fn_EC46E6AE_00001.

²⁵ Die OSZE stellte fest, dass Russland für das Verhalten der „von der Regierung der Russischen Föderation eingesetzten und/oder kontrollierten Beamten in den selbsternannten ‚Republiken‘ Luhansk und Donezk“ verantwortlich ist. Siehe OSZE 89.

²⁶ Für eine ähnliche Analyse siehe *Bosnien gegen Serbien* Abs. 384-415

²⁷ <https://www.pbs.org/newshour/world/a-historical-timeline-of-post-independence-ukraine>

Die Jurisprudenz definiert eine geschützte Gruppe anhand ihrer positiven Merkmale, d.h. die Gruppe „als solche“²⁸ und die nationale Gruppe spezifisch als „eine Ansammlung von Menschen, die auf der Grundlage einer gemeinsamen Staatsbürgerschaft und gegenseitiger Rechte und Pflichten rechtlich miteinander verbunden sind.“²⁹ Das ukrainische Volk verfügt über eine gemeinsame international anerkannte Nationalität, Staatsbürgerschaft und gemeinsame Identität. Jüngsten Studien zufolge identifiziert sich eine große Mehrheit der UkrainerInnen als ukrainisch, inklusive jener, die Russisch sprechen und in vorrangig russischsprachigen Gebieten leben.³⁰

Russland selbst hat die ukrainische nationale Identität im Rahmen internationaler und bilateraler Beziehungen durchwegs anerkannt. Tatsächlich erkennt Russland, in einem Abkommen mit der Ukraine, in expliziter Weise die Existenz einer ukrainischen Minderheit in Russland und die Existenz einer russischen Minderheit in der Ukraine und damit auch die Existenz einer ukrainischen Mehrheit, folgendermaßen an:

„Die Parteien des Abkommens garantieren die freie und gleichberechtigte Entwicklung der russischen nationalen Minderheit in der Ukraine und der ukrainischen nationalen Minderheit in der Russischen Föderation.

Die Parteien des Abkommens werden günstige Umstände im Hinblick auf die Erhaltung ihrer nationalen Eigenart, Kultur, Sprache und der Verwirklichung ihrer spirituellen und religiösen Bedürfnisse schaffen.“³¹

UkrainerInnen werden national und international als nationale Gruppe definiert und stellen somit eine geschützte Gruppe im Sinne der Genozid-Konvention dar. Des Weiteren wurden UkrainerInnen wiederholter Maßen von Russland selbst in formellen staatlichen Interaktionen mit der Ukraine anerkannt.

I. Direkte und öffentliche Anreizung zur Verübung von Genozid

Dieser Abschnitt wird: (1) die rechtlichen und empirischen Elemente einer „direkten und öffentlichen Anreizung zum Völkermord“ auslegen und (2) diese Faktoren auf die gegenwärtige Situation anwenden, indem er die staatliche oder staatlich kontrollierte russische Propaganda im Vorfeld der Invasion der Ukraine analysiert.

Anwendbares Recht

Die Genozid-Konvention sieht in Artikel III (c) die „direkte und öffentliche Anreizung zum Völkermord“ als gesondert strafbare oder völkerrechtswidrige Handlung vor. III (c). Obwohl der IGH sich erst noch mit dem Thema der staatlichen Verantwortung für Übertretungen von Artikel III (c) beschäftigen muss,

²⁸ *Bosnien 2007* Urteil 193-195

²⁹ ICTR (Internationaler Strafgerichtshof für Ruanda), *The Prosecutor v. Akayesu*, Fall Nr. ICTR-96-4-T. Urteil (2 September 1998) Abs. 512.

³⁰ <https://www.washingtonpost.com/politics/2022/03/07/ukraine-russian-speakers/>

³¹ Bilaterales Abkommen zwischen der Regierung der Russischen Föderation und der Regierung der Ukraine über die Zusammenarbeit in den Bereichen Kultur, Wissenschaft und Bildung, <https://docs.cntd.ru/document/902056509>, Russland hat außerdem vor dem Human Right Council eine „ukrainische Gesellschaft“ anerkannt. Siehe Thematische Liste der UPR-Empfehlungen an die Ukraine (2. Zyklus)

liefern internationales Strafrecht und wissenschaftliche Arbeiten über gut dokumentierte historische Verläufe von Genoziden Orientierungshilfe bei der Einschätzung staatlicher Verantwortung.

Internationaler Strafrechtssprechung zufolge ist direkte und öffentliche Anreizung zum Völkermord gemäß der Genozid-Konvention ein eigenständiges Verbrechen, unabhängig davon, ob ein Genozid oder genozidale Handlungen darauffolgen (im Gegensatz zu Anstiftung).³² Die Feststellung von Anreizung hängt vielmehr vom „*Potential* der Kommunikation, einen Völkermord auszulösen“ ab.³³ Im Kontext individueller Straftaten sind die vier Elemente des Verbrechens folgende: (1) öffentliche (2) direkte (3) Anreizung (Ermutigung oder Provokation zum Völkermord) und (4) die Absicht, eine geschützte Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören.³⁴

Dieser Abschnitt wird die ersten drei Elemente anwenden, denn der folgende Abschnitt beschäftigt sich mit der Frage, ob dem Staat, basierend entweder auf offiziellen Aussagen einen allgemeinen Plan betreffend oder auf der Schlussfolgerung von Absicht aufgrund eines Musters von Gräueltaten, genozidale Absicht zugerechnet werden kann.

Das öffentliche Element beschäftigt sich mit der Frage, ob sich die Anreizung an die breite Öffentlichkeit richtet, inklusive der Medien.³⁵ Das direkte Element beschäftigt sich mit der Frage, ob dem Publikum die Bedeutungen der Botschaft sogleich verständlich waren, was hauptsächlich durch ihre Bedeutung im Kontext bestimmt wird, inklusive der Umstände zu der Zeit und die relevanten kulturellen Nuancen.³⁶ Die Anreizung muss nicht explizit sein, um direkt zu sein, besonders in Zeiten gesteigerten Aufruhrs, im Krieg oder in einer bereits „explosiven Situation.“³⁷ Zu den Arten gut dokumentierter Anreizung, die diese Situation betreffend besonders relevant sind, gehören unter anderem Entmenschlichung, die Beschuldigung der Opfer, Gräueltaten zu planen oder zu begehen („Spiegelanklage“) und die Billigung und Beglückwünschung von Gewalt.³⁸

Zusätzliche Markenzeichen von Anreizung sind der Einfluss des Sprechers, die Anfälligkeit des Publikums, Genozid zu verüben, der historische und soziale Kontext der Botschaften, die Verfügbarkeit alternativer Informationsquellen und ob das Publikum durch ständige Wiederholung der Anreizung konditioniert wurde.³⁹

³² *Akayesu* Abs. 562; *Nahimana* AC 678; *SCC Mugesera* Fall, Abs. 85.

³³ *Nahimana* S. 1015.

³⁴ *Akayesu* 556-560. Siehe auch *Atrocity speech law : foundation, fragmentation, fruition* von Gregory Gordon, S. 185, beschreibt den Inhalt der Elemente: („(1) ‚direkt‘ (ob die Personen, für die die Botschaft bestimmt war, deren Implikation sofort verstanden haben — daraus kann man ableiten, dass die Botschaft implizit sein kann); (2) ‚öffentlich‘ (ein Aufruf zu kriminellen Handlungen an eine Reihe von Personen an einem öffentlichen Ort oder an Mitglieder der allgemeinen Öffentlichkeit über Massenmedien); (3) ‚Anreizung‘ (rechtswidrige Aufforderung zum Völkermord unter Berücksichtigung von Zweck und Kontext) und (4) ‚mens rea‘ (die Absicht, eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören).“)

³⁵ *Akayesu* Abs. 556

³⁶ *Nahimana* (Media Case) Berufungsurteil Abs. 698-701; *ICTR Bikindi* TC Urteil Abs. 387.

³⁷ *Nahimana* 1004; *Bikindi* TC Urteil Abs. 387. Nach dem Tod von Präsident Habaryimana und vor dem Hintergrund zunehmender Spannungen und Unruhen nahmen die Sendungen und Aufrufe an die Bevölkerung, gegen die Tutsi vorzugehen, an Intensität zu. *Nahimana* Gerichtsurteil, Abs. 481

³⁸ *Atrocity speech law : foundation, fragmentation, fruition* von Gregory Gordon, S. 284 (in der weitere Arten der Aufstachelung beschrieben werden, darunter „Euphemismen und Metaphern; Rechtfertigung von Gewalt in der Gegenwart; Billigung und Beglückwünschung vergangener Gewalt ... und Opfer-Sympathisanten-Verschmelzung“.)

³⁹ <https://dangerousspeech.org/wp-content/uploads/2020/08/Dangerous-Speech-A-Practical-Guide.pdf> 10-24. Siehe auch Benesch *Vile Crime or Inalienable Right: Defining Incitement to genocide*, 498; und UN Rabat Plan of Action, Abs. 29.

Das Schaffen der Grundlage für die Anreizung zum Völkermord: Leugnung der Existenz der ukrainischen nationalen Gruppe

Obwohl Russland Abkommen unterzeichnete, in denen es die ukrainische Staatlichkeit international anerkennt, leugnen russische Beamte und Kommentatoren staatlicher Medien der russischen Öffentlichkeit gegenüber die Legitimität einer eigenständigen ukrainischen Identität. Bereits im April 2016 leugnete der damalige Premierminister Dmitri Medwedew die Existenz eines legitimen ukrainischen Staates.⁴⁰ Am 26. Februar 2020 sagte der vormalige Assistent von Präsident Putin, Wladislaw Surkow, der weithin als der Architekt des Putinismus und der russischen Ukraine-Politik⁴¹ gesehen wird: „Eine Ukraine gibt es nicht. Es gibt nur Ukrainertum. Das ist eine spezifische Störung des Geistes ... Die Nation gibt es nicht.“⁴²

Hochrangige russische Beamte leugneten wiederholter Maßen die Existenz der ukrainischen Sprache, Kultur und nationalen Identität und kommunizierten implizit, dass jene, die sich eindeutig als ukrainisch identifizieren, die „Einheit“ von RussInnen und UkrainerInnen gefährden.⁴³

Das Russische Institut für strategische Studien (RISS), ein Think-Tank der russischen Regierung, der die politische Stoßrichtung Russlands „im Bereich der nationalen Sicherheit“⁴⁴ beeinflusst, verleugnet seit langem das Existenzrecht der Ukraine. Im Jahr 2014, nach der Besetzung des Territoriums der Krim und jenem des Donbas, veröffentlichte das Institut eine Essaysammlung mit dem Titel *Die Ukraine ist Russland*, welche der „Einheit der russischen Welt“ gewidmet war und das „Ukrainertum“ als einen „eigentümlichen südrussischen regionalen Westernismus“⁴⁵ bezeichnete.

Im März 2016 argumentiert der RISS-Analyst Oleg Nemensky, dass „die Mehrheit der ukrainischen Öffentlichkeit nichts mit dieser [ukrainischen] Kultur zu tun hat.“⁴⁶ Im Februar 2020 wiederholte Putin den Gedanken, dass die Menschen der Ukraine und Russlands „ein Volk“ seien und meinte, dass die

⁴⁰ <https://www.themoscowtimes.com/2016/04/05/russian-prime-minister-ukraine-has-no-industry-or-state-a52385>

⁴¹ Architect of “Putinism”: <https://www.theatlantic.com/international/archive/2014/11/hidden-author-putinism-russia-vladislav-surkov/382489/>, Ukraine policy: <https://blogs.lse.ac.uk/lseih/2020/07/01/there-is-no-ukraine-fact-checking-the-kremlins-version-of-ukrainian-history/>, <https://www.reuters.com/article/us-ukraine-crisis-russia-surkov-insight/ex-rebel-leaders-detail-role-played-by-putin-aide-in-east-ukraine-idUSKBN1870TJ>

⁴² <https://actualcomment.ru/surkov-mne-interesno-deystvovat-protiv-realnosti-2002260855>.

⁴³ Am 8. Oktober 2018 erklärte der stellvertretende Vorsitzende der Staatsduma Pjotr Tolstoi in der ersten Folge seiner Talkshow im russischen Staatsfernsehen Kanal Eins, „Tolstoi. Sonntag“, dass die ukrainische Sprache „künstlich“ sei und in der Ukraine weitgehend nicht gesprochen werde. <https://www.1tv.ru/shows/tolstoy-voskresene/vypuski/tolstoy-voskresene-vypusk-ot-07-10-2018>. In einem Artikel, der im März 2019 von der staatlichen Medien-Website RT Russian veröffentlicht wurde, argumentierte der damalige stellvertretende Vorsitzende des Kulturausschusses der russischen Staatsduma, Wladimir Bortko, dass die Ukrainer „über ihre eigene Sprache und Kultur sprechen... [und dass] die Ukraine sich als eigenständige Nation positionieren will. Sie versuchen, eine Art von Unterschied hervorzuheben, der aber nicht existiert. Der Artikel zitiert einen Sprachprofessor, der darauf besteht, dass die ‚ukrainische Literatursprache ... sehr künstlich ist.‘“ <https://russian.rt.com/ussr/article/607001-rossiya-belorussiya-proisshozhdenie-ukraina-klimkin>. Im Januar 2022 behauptete Anatolij Wasserman, Mitglied des Bildungsausschusses der russischen Staatsduma, während einer Plenarsitzung des russischen Parlaments, dass die ukrainische Sprache nicht existiere und dass „die Ukrainer ein unveräußerlicher Teil des russischen Volkes“ seien.

<https://www.gazeta.ru/social/news/2022/01/25/17192923.shtml>. Er beschrieb das Ukrainische als einen „Dialekt“ des Russischen und verglich es mit dem russischen Kriminalslang. <https://twitter.com/adagamov/status/1486054196373864452>

⁴⁴ <https://en.riss.ru/about-us/>

⁴⁵ <https://www.livelib.ru/book/1001469412-ukraina-eto-rossiya-mihail-smolin>

⁴⁶ <https://riss.ru/article/9462/>

Ukrainische Orthodoxe Kirche, welcher im Jahr 2018 Selbstverwaltung gewährt wurde, „die Einheit der Russischen Orthodoxen Kirche“ zerstöre.⁴⁷

Im Juli 2021 veröffentlichte Putin einen Essay mit dem Titel „Über die historische Einheit von Russen und Ukrainern“, in welchem er bekräftigt, dass UkrainerInnen und RussInnen „ein Volk, ein einziges Ganzes“ seien.⁴⁸ In dem Essay argumentiert Putin, dass „die moderne Ukraine vollständig das Produkt der Sowjetzeit“ sei und dass „eine wahre Souveränität der Ukraine nur in Partnerschaft mit Russland möglich“ sei.⁴⁹ Des Weiteren implizierte er, dass die ukrainische Regierung, indem sie die Idee, dass RussInnen und UkrainerInnen dasselbe Volk seien, ablehne, damit Neo-Nazis seien und dem Nazismus nahegebe.⁵⁰

Am 21. Februar 2022, drei Tage vor dem Beginn der großangelegten Invasion, hielt Putin eine Rede, in der er darauf bestand, dass „die moderne Ukraine in ihrer Gesamtheit von Russland kreiert wurde, um genauer zu seien, von den Bolschewiken, dem kommunistischen Russland“ und dass Russland „bereit war, der Ukraine zu zeigen, was wahre Entkommunisierung für die Ukraine bedeuten würde“.⁵¹ In der Rede, in der er die russische Invasion der Ukraine ankündigte, forderte Putin die UkrainerInnen auf, die gewählten Beamten abzulehnen, um die Ukraine und Russland „von innen heraus als ein einziges Ganze, der Existenz staatlicher Grenzen zum Trotz“⁵² zu stärken. Am 5. April 2022 postete der Stellvertretende Vorsitzende des Sicherheitsrates Dmitri Medwedew auf Telegram Folgendes: „Das Ukrainertum, das von anti-russischem Gift und der die eigene Identität betreffenden Lüge befeuert wird, — ist zur Gänze ein einziger großer Fake. Dieses Phänomen hat historisch niemals existiert. Und es existiert auch jetzt nicht.“⁵³

Die offizielle Propaganda, die die Existenz einer ukrainischen nationalen Gruppe leugnet, bezeichnet implizit diejenigen, die sich als eindeutig ukrainisch betrachten, als strafwürdig, entweder weil sie die Einheit Russlands gefährden und sich dadurch des Verrats schuldig machen, was Putin als „das schlimmste mögliche Verbrechen“⁵⁴ bezeichnete, oder weil sie sich dem Nazismus hingeben, wie Putin in seinem Essay andeutete. Es sei darauf hingewiesen, dass die Leugnung der Existenz geschützter Gruppen oder von Elementen ihrer Identität ein Indikator für das spezifische Risiko eines Genozids gemäß dem UN-Analyserahmen für Massengräuelaten ist.⁵⁵

Vorwand für die Invasion: „Spiegel-Argument“ und die Konstruktion einer existentiellen Bedrohung durch die Ukraine

Der Begriff „Spiegel-Argument“ charakterisiert eines der häufigsten und wirkungsvollsten Merkmale von Anreizung. Der anvisierten Gruppe werden genau jene Gräueltaten vorgeworfen, die der Sprecher ihr zuzufügen plant.⁵⁶ Die Darstellung einer anvisierten Gruppe als existenzielle Bedrohung lässt Gewalt

⁴⁷ <https://putin.tass.ru/en/ob-ukraine/> Das Oberhaupt der Russisch-Orthodoxen Kirche, Patriarch Kirill von Moskau, hat zudem betont, dass Russen und Ukrainer „aus einem gemeinsamen Kiewer Taufbecken hervorgegangen, durch den orthodoxen Glauben vereint und durch ein gemeinsames historisches Schicksal verbunden sind.“ <http://www.patriarchia.ru/db/text/5926180.html>

⁴⁸ <http://en.kremlin.ru/events/president/news/66181> (und fügt hinzu, dass seine Position „nicht von kurzfristigen Erwägungen oder dem aktuellen politischen Kontext bestimmt ist“).

⁴⁹ Ebd.

⁵⁰ Ebd.

⁵¹ <http://kremlin.ru/events/president/news/67828>

⁵² <http://en.kremlin.ru/events/president/news/67843>

⁵³ https://t.me/medvedev_telegram/34

⁵⁴ <https://www.nytimes.com/2022/04/17/world/europe/ukraine-war-russia-atrocities.html>

⁵⁵ Siehe UN Framework Indicator 9.2.

⁵⁶ Siehe <https://dangerousspeech.org/wp-content/uploads/2020/08/Dangerous-Speech-A-Practical-Guide.pdf> 15-16.

gegen sie als defensiv und notwendig erscheinen.⁵⁷ Der von Russland für seine Invasion vorgebrachte Vorwand ähnelt einigen der extremsten wiederkehrenden Formen vom „Spiegel-Argument“, darunter die Täteraussagen während des Holocaust und im Vorfeld des Srebrenica-Massakers.⁵⁸ Am 8. Februar 2022 ging Putin während einer größeren russischen Truppenaufstockung auf das Zögern der Ukraine, die Minsker Friedensvereinbarungen zu erfüllen, mit folgendem bedeutungsschwangeren Satz ein: „Ob es dir gefällt oder nicht, nimm es hin, meine Schönheit“ — eine Anspielung auf einen vulgären russischen Reim über nekrophile Vergewaltigung, womit er die Absicht andeutete, der Ukraine ähnlich Zerstörerisches anzutun, und kommunizierte damit zusätzlich seine Sicht auf die Ukraine als Leiche.⁵⁹ Am 15. Februar 2022 hielt Präsident Putin eine Rede, in der er der Ukraine vorwarf, im Donbas einen Genozid zu verüben, eine unbegründete Beschuldigung, die er seit Jahren immer wiederholt.⁶⁰ Dieser Vorwurf wurde von hochrangigen russischen Beamten und russischen Staatsmedien aufgegriffen. Am 17. Februar 2022 brachte Russlands ständige Vertretung bei der UN ein Dokument in Umlauf, in dem sie die Ukraine der „Ausrottung der Zivilbevölkerung“ in Gebieten beschuldigte, die von Separatistengruppen, die von Russland unterstützt werden, kontrolliert sind.⁶¹ Die russischen Staatsmedien berichteten umfangreich über Russen, die vor der Verfolgung durch die ukrainische Regierung fliehen — eine häufig wiederholte Anklage, die Russland als Vorwand für die Annexion der Krim im Jahre 2014 diente.⁶² Am 21. Februar 2022, drei Tage vor der Invasion, wiederholte Putin im Rahmen einer weiteren Rede an die Nation die Behauptungen, die Ukraine sei eine illegitime Erfindung und die UkrainerInnen würden Truppen zusammenziehen und die von Russland unterstützten Separatistengebiete beschießen und würden Russen, die dort festgehalten würden, foltern.⁶³ Am 26. Februar, nach dem Beginn der Invasion, veröffentlichte eine vom Kreml kontrollierte Plattform einen Essay, der später gelöscht wurde, in dem Putin dafür gelobt wurde, dass er entschieden habe, „die Lösung der ukrainischen Frage nicht zukünftigen Generationen zu überlassen.“⁶⁴

„Entnazifizierung“ und Entmenschlichung

Im Vorfeld der Invasion verwendeten russische Beamte wiederholt „Nazi“-Terminologie, um die ukrainische Führung zu bezeichnen, und sprachen von „Entnazifizierung“ als eines der Ziele der Invasion.⁶⁵ Diese Art von Rhetorik hat sich jedoch immer mehr ausgeweitet, indem sie andeutete, dass ein substanzieller Teil oder sogar die Mehrheit der Bevölkerung der Ukraine Nazis seien. Dies ist eine Terminologie, die verwendet wird, um UkrainerInnen als eine existentielle Gefahr für Russland darzustellen. Am 31. März schrieb der Stellvertretende Vorsitzende der Staatsduma Pjotr Tolstoi zur Nazismus-Situation in der Ukraine: „[sie] ist sogar schlimmer als wir dachten“ und „die ukrainische Jugend wurde in die Hitlerjugend verwandelt.“⁶⁶ Am 26. März 2022 äußerte sich Margarita Simonjan, die Chefredakteurin des Nachrichtensenders RT und Leiterin der Mediengruppe, die Sputnik und RIA Novosti verwaltet, in einer landesweit ausgestrahlten Sendung folgendermaßen: „Auch ich dachte, dass es

⁵⁷ Ebd. 16

⁵⁸ Ebd.

⁵⁹ Kommentar: <http://kremlin.ru/events/president/news/67735>, Interpretation der Anspielung auf den Reim:

<https://meduza.io/shapito/2022/02/09/terpi-moya-krasavitsa>

⁶⁰ <http://en.kremlin.ru/events/president/news/67774>

⁶¹ <https://www.theguardian.com/world/live/2022/feb/17/russia-ukraine-news-troops-border-latest-live-putin-biden-kyiv-russian-invasion-threat?page=with:block-620e7dc98f0866a40a9d7c6c#block-620e7dc98f0866a40a9d7c6c>

⁶² <https://www.nytimes.com/2022/02/19/world/europe/putin-ukraine-genocide.html>

⁶³ <https://www.nytimes.com/2022/02/23/world/europe/putin-speech-russia-ukraine.html>

⁶⁴ <https://web.archive.org/web/20220226051154/https://ria.ru/20220226/rossiya-1775162336.html>

⁶⁵ <https://www.nytimes.com/2022/03/17/world/europe/ukraine-putin-nazis.html>;

<https://www.washingtonpost.com/world/2022/02/24/putin-denazify-ukraine/>

⁶⁶ https://t.me/petr_tolstoy/1300

nicht so viele gäbe... es kann doch nicht sein, dass unsere Leute, die mit uns den Nazismus bekämpften, dass auf einmal so viele von ihnen [Nazis] geworden sind. Aber leider...“⁶⁷

Nun im Verlauf der Invasion malen hochrangige Beamte und Kommentatoren staatlicher Medien allgemein ein entmenschlichendes Bild der UkrainerInnen, um Gräueltaten zu rechtfertigen. Am 17. März 2022 trat Tolstoi auf Kanal Eins auf und argumentierte, dass Russland „mindestens eine Generation von Ukrainern verloren hat. Die Jugend wurde zombifiziert.“⁶⁸ Am 26. März 2022 behauptete die einflussreiche Propagandistin Margarita Simonjan, „es ist kein Zufall, dass wir sie Nazis nennen... Was dich zum Nazi macht, ist deine tierische Natur, dein tierischer Hass und deine tierische Willigkeit, Kindern wegen ihrer Nationalität die Augen herauszureißen“ und fügte hinzu: „Ein nennenswerter Teil der Ukraine, des ukrainischen Volkes, hat sich herausgestellt, befindet sich fest im Griff des Nazi-Wahns.“⁶⁹

In zunehmendem Maße wird diese Propaganda zur Rechtfertigung von Gräueltaten außerhalb des Schlachtfelds eingesetzt. Die ukrainische Zivilbevölkerung und die Eliten des Landes werden von den Russen als ihre Todfeinde bezeichnet, von denen einige „liquidiert“ werden müssen. In einem RIA Novosti Meinungsbeitrag vom 3. April schreibt Autor Timofei Sergeizew über UkrainerInnen auf folgende Weise; „ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung — höchstwahrscheinlich eine Mehrheit — wurde dem Naziregime unterworfen und in dessen Agenda hineingezogen...“ das „eine größere Gefahr darstellt... als die deutsche Art des Nazismus unter Hitler;“ und ein „beträchtlicher Teil der Massen... sind passive Nazis und Komplizen;“, „ein nazifizierter Großteil der Bevölkerung;“ und „eine Nazi-Gesellschaft.“

Zusätzlich behauptet er die ukrainischen Eliten „müssen liquidiert werden, weil Umerziehung unmöglich ist;“ „zur Entnazifizierung wird unweigerlich auch Entukrainisierung gehören;“ und „Ukrainismus ist...ein untergeordnetes Element einer anderen und fremden Zivilisation.“⁷⁰ In seinem Telegram-Post vom 5. April gebraucht Medwedew eine frei erdachte Rhetorik, die jedoch anschaulich und detailliert ist, die versucht es glaubhafter zu machen, dass Gewalt gegen eine ganze Generation von UkrainerInnen, die er als Nazis beschreibt, gerechtfertigt ist:

In den letzten 30 Jahren hat ein leidenschaftlicher Teil der Ukrainer für das Dritte Reich gebetet. Nazi-Symbolismus, der Ekel erregt, findet sich in Fotos von praktisch jeder Militäreinheit der Ukraine, die unsere Armee gemacht hat — da gibt es Banner, Literatur, Poster und sogar Tassen mit Hakenkreuzen!... *Da ist es kein Wunder, dass nachdem sie sich ins Dritte Reich verwandelt hat und die Namen von Verrätern und Nazi-Handlanger in ihre Geschichtslehrbücher geschrieben hat, die Ukraine dasselbe Schicksal ereilen wird. Diese Ukraine bekommt, was sie verdient!... Diese schwierigen Aufgaben kann man nicht so auf die Schnelle erledigen. Und sie werden nicht nur auf dem Schlachtfeld entschieden werden.*⁷¹
[Hervorhebung hinzugefügt]

⁶⁷ <https://www.ntv.ru/peredacha/SvoyaPravda/m78960/o693638/video/>, clip:
<https://twitter.com/ntvr/status/1507605586447327234>

⁶⁸ https://t.me/petr_tolstoy/1286

⁶⁹ <https://www.ntv.ru/peredacha/SvoyaPravda/m78960/o693638/video/>, clip:
<https://twitter.com/ntvr/status/1507605586447327234>

⁷⁰ <https://ria.ru/20220403/ukraina-1781469605.html>; „Die Bandera-Eliten müssen beseitigt werden, ihre Umerziehung ist unmöglich. Der gesellschaftliche ‚Sumpf‘, der sie aktiv und passiv durch Handeln und Nichthandeln unterstützt hat, muss durch die Härten des Krieges gehen und die gelebte Erfahrung als ... die Erlösung von seiner Schuld verinnerlichen.“

⁷¹ https://t.me/medvedev_telegram/34

Am 8. April 2022, sagte der Moderator der wichtigsten Talkshow des Senders „Rossija 1“, Wladimir Solowjow, dass „es keine Ukraine nach [Selenskyj] geben wird.“⁷² Solowjow ist ein lautstarker Befürworter der Invasion und hat regelmäßig in seinen Äußerungen zu dem Thema zu extremer Rhetorik gegriffen. Am 29. März verkündete er in seiner Sendung einen „patriotischen Konsens“ in Russland, dass der „Nazi-Abschaum erledigt“ werden muss. Am 21. April teilte Solowjow auf Telegram einen Clip aus einem Interview mit einem Reporter der russischen Staatsmedien, in dem er behauptet, „die Jugend dort [in der Ukraine] wurde zombifiziert.“ Am 21. Mai 2022 teilte (und löschte daraufhin wieder) Solowjow einen Post des beliebten russischen Telegram-Kanals „Kremlwäscherin“, in dem behauptet wurde „die Ukraine ist ein Nazi-Tumor,“ einem „Hirn-Krebs“ ähnlich und, dass die Russen „einen Teil von Russland befreien.“⁷³

Am 5. Mai 2022, argumentierte die russische Politikwissenschaftlerin und Professorin an der MGIMO Universität Elena Ponomarjowa auf „Rossija 1“, dass „die Ukraine ein Ort ist, wo die Wiederbelebung [eines globalen Nazi-Projekts] beginnt... in Form von Antisemitismus gegen Russen, gegen alles, was mit Russland in Verbindung steht.“⁷⁴ Diese Definition spiegelt eine vage Nazi-Bewegung wieder, die vom Kreml als anti-russisch gesehen wird. Am 8. Mai 2022, einen Tag vor dem *Tag des Sieges* (bekannt als der wichtigste und am weitesten verbreitet begangene Feiertag in Russland, der den sowjetischen Sieg über Nazi-Deutschland im Zweiten Weltkrieg, der in Russland auch als „Großer Vaterländischer Krieg“⁷⁵ genannt wird, markiert), schickte Putin ein Telegramm an die von Russland unterstützten Separatisten in der Ost-Ukraine worin er beteuerte, dass die Russen „Schulter an Schulter für die Befreiung ihres Heimatlandes vom Nazi-Schmutz kämpfen“ und gelobte: „wie 1945 wird der Sieg wird unser sein.“⁷⁶

Religiöse Autoritäten bekräftigten das Narrativ, welches die Invasion unter Einsatz von Anspielungen und spiritueller Bedeutsamkeit lobt. Am 13. März schenkte das Oberhaupt der Russischen Orthodoxen Kirche, Patriarch Kirill von Moskau, dem General und Direktor der russischen Nationalgarde Wiktor Solotow eine orthodoxe Ikone um „die jungen Soldaten zu inspirieren“, die „auf dem Weg sind, das Vaterland zu verteidigen.“⁷⁷ General Solotow nahm die Ikone entgegen und sagte, sie würde „die russische Armee beschützen und den Sieg“ über „die Nazis beschleunigen.“⁷⁸ Am 15. März 2022, trat der erste stellvertretende Vorsitzende der Synodalabteilung des Moskauer Patriarchats der Russischen Orthodoxen Kirche Aleksandr Schtschipkow bei einer Theologiekonferenz auf, wo er argumentierte, dass die Ukraine das „strahlendste Beispiel“ für „Nazismus“ sei, und fügte hinzu:

Seine Heiligkeit Patriarch Kirill pflegt eine enge Verbindung zu dem Volk Gottes... besonders auffallend ist dies in diesen herausfordernden Tagen. Dies gilt auch jetzt, wo Russland die unmenschlichste Ideologie der Geschichte — den Nazismus — bekämpft⁷⁹.

Innerhalb des kulturellen und nationalen Kontextes der russischen Geschichte verbinden diese Verweise auf den Zweiten Weltkrieg die gegenwärtige Invasion offen mit dem existenziellen Krieg der

⁷² <https://smotrim.ru/video/2399418>, clip: <https://twitter.com/francska1/status/1512348114254020609>

⁷³ Screenshot: <https://twitter.com/ABarbashin/status/1528399289554243586>, original post: <https://t.me/kremlinprachka/19077>, toter Link von Solowjows Konto: <https://t.me/SolovievLive/108219>

⁷⁴ <https://smotrim.ru/video/2408041>, clip: <https://twitter.com/JuliaDavisNews/status/1522403876040855554>

⁷⁵ <https://news.cornell.edu/media-relations/tip-sheets/history-repeats-endlessly-ukraine-specter-wwii-looms>

⁷⁶ <http://kremlin.ru/events/president/news/68363>, <https://www.nytimes.com/2022/05/08/world/europe/russia-may-9-victory-day-ukraine.html>

⁷⁷ <https://web.archive.org/web/20220418063718/https://rosguard.gov.ru/News/Article/general-armii-viktor-zolotov-prinyal-iz-ruk-svyatejshego-patriarxa-moskovskogo-i--vseya-rusi-kirilla--ikonu--avgustovskoj-ikony-bozhiej-materi-dlya-gl>

⁷⁸ Ebd.

⁷⁹ <http://www.patriarchia.ru/db/text/5908596.html>

Sowjetunion gegen Nazi-Deutschland und verstärken die Wirkung der Propaganda auf das Publikum, indem sie ihr ein starkes Element russischer Identität beifügen und den Soldaten und potenziellen Wehrpflichtigen persönliche Pflicht auferlegen.⁸⁰ Diese Anreizung erinnert an andere historisch immer wiederkehrende Katalysatoren von Genozid, darunter die Rechtfertigung von Gewalt auf Grundlage von Tugend und Zukunftsgütern oder der persönlichen und nationalen Pflicht zur Befreiung und Vereinigung von Russen und Ukrainern.⁸¹

Die Propagandabotschaften sind allesamt mit Begriffen gespickt, die bereits früher zur Anreizung von anderen Genoziden⁸² geführt haben: Die Beschreibung von Ukrainern oder dem Ukrainertum als untermenschlich („zombifiziert“, „tierische Natur“, „untergeordnetes Element einer anderen und fremden Zivilisation“), krank oder kontaminiert („Störung des Geistes“, „mit anti-russischem Gift gefüttert“, „das Heimatland vom Nazi-Schmutz befreien“), und als der Inbegriff des Bösen und eine existentielle Bedrohung („eine größere Gefahr als... deutscher Nazismus“, „ein globales Nazi-Projekt“, „Hitlerjugend“, etc.).

Die Konditionierung des russischen Publikums zur Verübung und Billigung von Gräueltaten

Der Kreml hat wiederholt geleugnet, dass seine Streitkräfte Gräueltaten begangen haben, und diese als „Fakes“ bezeichnet, was den russischen Soldaten ermöglicht, weitere Gräueltaten zu begehen, und der russischen Öffentlichkeit, diese zu billigen.⁸³ Der Kreml hat sogar die Soldaten der 64. Motorschützenbrigade der Getrennten Garde, die des Massenmordes in Butscha verdächtigt werden, gefeiert. Am 18. April verlieh Putin der Brigade einen Ehrentitel für „die Verteidigung von Russlands Souveränität“, und lobte die „großartige Heldenhaftigkeit und Tapferkeit... ein Vorbild in Sachen Pflichterfüllung, Heldenmut, Hingebung und Professionalität.“⁸⁴ Russische Soldaten im beeinflussbaren militärischen Alter werden durch die obligatorische Lektüre von Putins Essay über die „Einheit von Russen und Ukrainern“ und tägliche „Informationsfernsehsendungen“ weiter indoktriniert (außer am Sonntag).⁸⁵

Alle Verbreiter dieser Propagandabotschaften, die zu Gewalt gegen UkrainerInnen aufrufen, haben sehr einflussreiche Positionen inne, darunter politische Anführer, religiöse Figuren und Journalisten staatlicher Medien, die beinahe ein Monopol auf die Verbreitung jener Informationen haben, auf die die Bevölkerung angewiesen ist.⁸⁶ Ihre Anreizung ist vor dem Hintergrund der beispiellosen Zensurmaßnahmen, die vor kurzem zusätzlich zu dem bereits restriktiven Medienumfeld eingeführt wurden, umso einflussreicher. Zu Beginn der Invasion verabschiedete Russland ein Gesetz, das die „Verbreitung bewusst falscher Informationen“ über die Streitkräfte unter Strafe stellt und Verstöße mit bis zu 15 Jahren Gefängnis

⁸⁰ <https://www.nytimes.com/2022/03/17/world/europe/ukraine-putin-nazis.html>

⁸¹ Benesch, *Dangerous Speech*, S. 84-86

⁸² Siehe Benesch and Maynard, *Dangerous Speech and Dangerous Ideology: An Integrated Model for Monitoring and Prevention*, S. 80.

⁸³ https://t.me/medvedev_telegram/34

⁸⁴ <http://www.kremlin.ru/events/president/letters/68234> , <https://www.cnn.com/2022/04/19/europe/russia-bucha-brigade-honorary-title-putin-intl/index.html>

⁸⁵ <https://www.nytimes.com/2022/04/17/world/europe/ukraine-war-russia-atrocities.html>

⁸⁶ Siehe *Dangerous Speech*, S. 77-79. Es gibt keine Anzeichen dafür, dass sich die Eigentümer, Moderatoren oder Redakteure der staatlichen Medien von der Hetzpropaganda distanzieren hätten. Die Chefredakteurin der RT-Nachrichten und Leiterin der Mediengruppe, die Sputnik und RIA Novosti verwaltet, Margarita Simonjan, behauptete sogar ausdrücklich, dass ein „bedeutender Teil des ukrainischen Volkes sich im Griff eines Nazi-Wahns“ befinde, den sie als „bestialisch“ definiert. Siehe auch *Nahimana* TJ 1024.

ahndet; schlug ein weiteres Gesetz zur Blockierung ausländischer Medien;⁸⁷ blockierte große ausländische Nachrichtensender sowie Facebook und Instagram (später bestätigte ein Moskauer Gericht das Verbot, und die von Russland unterstützten Separatistengebiete blockierten den Zugang zu den Plattformen ebenfalls)⁸⁸; und schränkte den Zugang zu Twitter ein.⁸⁹ Andere ausländische Medien und unabhängige Nachrichtenquellen beendeten ebenfalls unter Druck (in Russland) ihre Arbeit.⁹⁰ Durch die Kontrolle der Medienlandschaft kann der Staat seine Anreizungspropaganda über die einzigen verbleibenden Informationsquellen, darunter Online-Plattformen wie die beliebte Plattform Telegram oder VK, auf direkterem Wege an die Soldaten weitergeben. Die verstärkte Kontrolle des Staates über die Medien erlaubt es dem Kreml zusätzlich, die Öffentlichkeit zu indoktrinieren, damit sie die Invasion und die damit einhergehenden Gräueltaten toleriert, wenn nicht sogar unterstützt, ohne dass sich im Inland Widerstand regt.

Es gibt sogar Hinweise darauf, dass russische Soldaten von Nutzern sozialer Medien oder von Verwandten in Russland dazu ermutigt werden, Gräueltaten zu begehen, weil die böswillige Propaganda Ukrainer, einschließlich Zivilisten, als Nazis darstellt. Laut einer Analyse der Reaktionen russischer Nutzer von nationalistischen Telegram-Kanälen auf die Nachricht vom Massenmord in Butscha, forderte mindestens die Hälfte der Befragten die russische Armee zu mehr Gewalt auf. Es gab Kommentare wie: „Die Todesstrafe für alle *Chochly* [ein abwertender Begriff für UkrainerInnen], in dieser Welt ist kein Platz für sie, Zeit diese verfluchte Rasse zu zerstören“ und „wir müssen die Ficker umbringen.“⁹¹ In einer veröffentlichten Aufnahme einer Telefon-Konversation, wird einem russischen Soldaten gesagt „erschieß die Mutterficker... solange es nicht dich erwischt. Scheiß auf sie. Scheiß Drogenabhängige und Nazis.“⁹²

Es gibt zahlreiche Beweise dafür, dass russische Soldaten die Staatspropaganda verinnerlicht und als Reaktion darauf entweder genozidale Absichten geäußert oder Gräueltaten begangen haben, obwohl ein kausaler Zusammenhang für die Feststellung von Anreizung nicht erforderlich ist. Eine Ukrainerin, der es gelang, aus Mariupol zu fliehen, erzählte der New York Times, dass sie einen russischen Soldaten an einem Kontrollpunkt bat, ihr die Richtung in die Ukraine zu zeigen, woraufhin dieser antwortete: „Wir werden alle dort ausrotten, geh nach Russland.“⁹³ Nach Angaben des Leiters einer von UNICEF unterstützten Hotline für Opfer haben Soldaten ausdrücklich damit gedroht, „jede Nazi-Hure“⁹⁴ zu vergewaltigen. Nach Angaben von Zeugen in Butscha gingen die russischen Streitkräfte von Tür zu Tür und behaupteten, sie würden „Nazis jagen“ und Männer im wehrfähigen Alter zusammentreiben.⁹⁵

⁸⁷ <http://ips.pravo.gov.ru:8080/default.aspx?pn=0001202203040007>, <https://www.reuters.com/business/media-telecom/russian-draft-law-paves-way-fast-retaliation-against-foreign-media-2022-04-05/>

⁸⁸ <https://www.reuters.com/legal/transactional/russian-backed-separatist-region-east-ukraine-blocks-facebook-instagram-2022-05-11/>

⁸⁹ <https://www.nytimes.com/2022/03/04/world/europe/russia-censorship-media-crackdown.html>;

<https://www.cbc.ca/news/world/russia-laws-ukraine-invasion-war-critics-1.6382168>;

<https://www.theguardian.com/world/2022/mar/04/russia-completely-blocks-access-to-facebook-and-twitter>;

<https://www.reuters.com/technology/twitter-says-its-site-is-being-restricted-russia-2022-02-26/>.

⁹⁰ <https://apnews.com/article/russia-ukraine-technology-business-moscow-facebook-456db70cbe8e9bb639fca9fe2d793b10>;

<https://www.bloomberg.com/news/articles/2022-05-10/putin-s-crackdown-pushes-independent-russian-media-into-crypto>

⁹¹ “We’ve Got to Kill Them”: Responses to Bucha on Russian Social Media Groups, S. 2-5.

⁹² <https://www.theatlantic.com/magazine/archive/2022/06/ukraine-mass-murder-hate-speech-soviet/629629/>

⁹³ <https://www.nytimes.com/2022/05/18/podcasts/the-daily/the-battle-for-azovstal-a-soldiers-story.html> at 15:56-16:52.

⁹⁴ <https://www.cnn.com/2022/04/22/europe/ukraine-sexual-violence-allegations-russia-cmd-intl/index.html>

⁹⁵ <https://www.hrw.org/news/2022/04/21/ukraine-russian-forces-trail-death-bucha>; <https://www.reuters.com/investigates/special-report/ukraine-crisis-bucha-killings-soldiers/>; <https://apnews.com/article/russia-ukraine-zelenskyy-kyiv-europe-evacuations-665fd06b92852547d7b27627b99509a6>; Amnesty *He’s Not Coming Back*, S. 7.

Bei einem Vorfall versammelte sich eine Menschenmenge und sah mit an, wie fünf Männer mit bedeckten Köpfen knieten. Nach der Exekution eines der Männer durch einen Schuss in den Hinterkopf sagte der Kommandant zu der Menge: „... das ist Dreck. Wir sind hier, um euch vom Dreck zu reinigen.“⁹⁶ Ein Bewohner von Hostomel erinnerte sich an einen hochrangigen russischen Offizier, der einem achtjährigen Mädchen sagte: „Wir werden dich von den Nazis befreien.“⁹⁷

Nach dem Rechtsrahmen für staatliche Verantwortung gibt es hinreichende Gründe für die Schlussfolgerung, dass Russlands eskalierende Propagandakampagne in ihrer Gesamtheit einer direkten und öffentlichen Anreizung zum Völkermord an den UkrainerInnen als Gruppe gleichkommt. Der direkte kausale Zusammenhang zwischen dieser staatlich sanktionierten Anreizung und den Gräueltaten wird mit Fortsetzung der Invasion nur noch größer. Das Verhalten der Personen, die die volksverhetzenden Botschaften verbreiten, ist dem Staat zuzurechnen, da es sich bei ihnen entweder *de jure* oder *de facto* um staatliche Organe handelt, einschließlich des Staatschefs, wichtiger Mitglieder der Staatsduma und der Leitfiguren des Sicherheitsapparats oder um staatliche Medien, die dem Kreml gehören oder unter seiner tatsächlichen Kontrolle stehen. Daher gibt es hinreichende Gründe für die Schlussfolgerung, dass Russland staatliche Verantwortung für die Übertretung von Artikel III (c) der Genozid-Konvention trägt.

II. Beweise für genozidale Absicht

Der folgende Abschnitt wird 1) beschreiben, wie das anwendbare Recht in Bezug auf die Art und Weise, wie eine Absicht zur Verübung von Genozid durch einen allgemeinen oder abgestimmten Plan nachgewiesen oder aus einem Muster zerstörerischer Kampagnen gegen die ukrainische nationale Gruppe abgeleitet werden kann, und 2) die Beweise darlegen, die eine genozidale Absicht belegen können.

Anwendbares Recht

Was Genozid als einzigartiges internationales Verbrechen auszeichnet, ist die „Absicht“, eine geschützte Gruppe ganz oder teilweise zu zerstören.⁹⁸ Internationale Gerichte erkennen an, dass eine Untersuchung der Gedanken des Täters aussichtslos, wenn nicht gar unmöglich ist, wenn kein Geständnis vorliegt.⁹⁹ Stattdessen achten die Gerichte auf andere Anzeichen für eine Absicht, einschließlich eines „allgemeinen Plans“ oder eines systematischen Musters von gegen eine bestimmte Gruppe gerichteten Gräueltaten, aus denen sich eine spezifische Absicht ableiten lässt¹⁰⁰, oder „Handlungen, die logische und kohärente Abläufe hatten.“¹⁰¹ Ein allgemeiner Plan kann unter anderem durch offizielle Erklärungen, Richtlinien,

⁹⁶ <https://www.hrw.org/news/2022/04/03/ukraine-apparent-war-crimes-russia-controlled-areas>

⁹⁷ <https://www.nytimes.com/2022/03/20/world/europe/russian-soldiers-video-kyiv-invasion.html>

⁹⁸ Siehe GJC (Global Justice Center) S. 10.

⁹⁹ ICTY (Internationale Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien), *Prosecutor v. Jelisić* Berufungsurteil; ICTR *Akayesu* Gerichtsurteil 523.

¹⁰⁰ *Bosnien* 373.

¹⁰¹ „Guatemala: Guatemala: Erinnerung an das Schweigen“, Kommission für historische Aufklärung, Februar 1999, Abs. 120 beschreibt den Völkermord als „einer höheren, strategisch geplanten Politik gehorchend“ Siehe auch Abs. 111: „In Anbetracht der Reihe von kriminellen Handlungen und Menschenrechtsverletzungen, die sich in den angegebenen Regionen und Zeiträumen ereigneten und die analysiert wurden, um festzustellen, ob sie den Tatbestand des Völkermordes erfüllen, kommt die CEH zu dem Schluss, dass die Wiederholung von Zerstörungshandlungen, die sich systematisch gegen Gruppen der Maya-Bevölkerung richteten, darunter die Beseitigung von Anführern und kriminelle Handlungen gegen Minderjährige, die unmöglich militärische Ziele gewesen sein können, zeigt, dass der einzige gemeinsame Nenner aller Opfer die Zugehörigkeit zu einer bestimmten ethnischen Gruppe war, und macht deutlich, dass diese Handlungen in der Absicht begangen wurden, diese Gruppen ganz oder teilweise zu zerstören.“ In den Schriftsätzen von Bosnien und Herzegowina wird der Schluss auf den staatlichen Vorsatz treffend beschrieben: „Ein operativer Plan zur Vernichtung der Gruppe ... kann durch eine umfassende Analyse der vom Staat gegen die Zielgruppe durchgeführten kriminellen Handlungen ohne weiteres festgestellt werden. ICJ, *Bosnien gegen Serbien*, Mündliche

einer bestimmten Politik und „die Unveränderlichkeit der angewandten Tötungsmethoden“ nachgewiesen werden.¹⁰²

Die internationale Jurisprudenz und Praxis sahen auch die spezifischen in Artikel II genannten genozidalen Handlungen als erhellend für die Beantwortung der Frage von genozidaler Absicht an, wenn, wie der IGH feststellte, „die Charakterisierung der Handlungen und ihre gegenseitige Beziehung zueinander zu einem Rückschluss auf den Vorsatz beitragen können.“¹⁰³ Die Handlungen genannt in Artikel II konstituieren Genozid und können daher in ihrer Gesamtheit auf eine genozidale Absicht hindeuten. Während Tötung die unmittelbarste Methode physischer Zerstörung darstellt, kann Genozid durch „jede“ der anderen aufgeführten Handlungen begangen werden, die zu einer schrittweisen ganzen oder teilweisen Zerstörung der Gruppe beitragen, insbesondere wenn systematisch begangen.¹⁰⁴ Die folgenden Abschnitte sollten insbesondere im Lichte der Jurisprudenz zu Genozid, der mit der Absicht begangen wird, die Gruppe „teilweise“ zu vernichten, betrachtet werden.

Der IGH hat in der Vergangenheit drei Faktoren aus der Jurisprudenz herangezogen, um zu beurteilen, ob der Teil einer Gruppe, auf die abgezielt wird, den Tatbestand des Genozids erfüllt, die auf der Absicht basieren, eine Gruppe „teilweise“ zu zerstören. Der erste Faktor ist, ob der betroffene Teil wesentlich oder „bedeutend genug ist, um Auswirkungen auf die Gruppe in ihrer Gesamtheit zu haben.“¹⁰⁵

Der zweite Faktor ist der Einflussbereich des Täters: „Es ist weithin anerkannt, dass Völkermord als begangen angesehen werden kann, wenn die Absicht besteht, die Gruppe in einem geographisch begrenzten Gebiet zu vernichten ... [und daher] ist der Aktivitätsbereich und Kontrollbereich des Täters zu berücksichtigen ... [oder] die verfügbaren Möglichkeiten.“¹⁰⁶ Der dritte Faktor ist das „qualitative“ Kriterium, d. h. die „Bedeutung des Zielobjekts innerhalb der Gruppe“¹⁰⁷, insbesondere die Führung der Gruppe oder Personen, die für die Gruppe emblematisch oder für ihr Überleben wichtig sind.¹⁰⁸

Ein allgemeiner Plan

Erklärungen, 20. April 2006, CR/2006/34, Abs. 33. Siehe auch *Bosnien* Urteil 371. Der Begriff des „Vorsatzes“ eines Staates kann begrifflich so verstanden werden, dass einem Staat „Schuld“ zugewiesen wird. Beatrice I. Bonafè, *The Relationship Between State and Individual Responsibility for International Crimes*, S. 123-24.

¹⁰² *Prosecutor v Krstic* (Urteil) (International Criminal Tribunal for the former Yugoslavia, Trial Chamber, Fall Nr. IT-98-33-T, 2 August 2001) Abs. 572 (Zu den Beweisen für die Planung des Völkermordes gehörten „die Anzahl und die Art der beteiligten Kräfte, die standardisierte kodierte Sprache, die von den Einheiten bei der Übermittlung von Informationen über die Tötungen verwendet wurde, das Ausmaß der Exekutionen und die Unveränderlichkeit der angewandten Tötungsmethoden, die darauf hindeuten, dass die Entscheidung getroffen wurde, alle bosnisch-muslimischen Männer im Militäralter zu töten.“)

¹⁰³ *Kroatien gegen Serbien* 130.

¹⁰⁴ Für eine eingehendere Diskussion über das Spektrum der nicht tödlichen genozidalen Gewalt, die bei strafrechtlichen Entscheidungen allzu oft übersehen wird, siehe Global Justice Center, *Beyond Killing: Gender, Genocide, and Obligations Under International Law*, December 2018, unter dem Link <https://globaljusticecenter.net/files/Gender-and-Genocide-Whitepaper-FINAL.pdf>.

¹⁰⁵ *Bosnien gegen Serbien* Abs. 198.

¹⁰⁶ Ebd. S. 199.

¹⁰⁷ *Prosecutor v. Krstic*, Fall Nr. ICTY-IT-98-33, Urteil, Abs. 12 und 587 (“Wenn ein bestimmter Teil der Gruppe emblematisch für die gesamte Gruppe ist oder für ihr Überleben wesentlich ist, kann dies die Feststellung stützen, dass der Teil als wesentlich im Sinne von Artikel [II] anzusehen ist.”), und den Abschlussbericht der gemäß der Resolution 780 des Sicherheitsrates (1992) eingesetzten Expertenkommission zitierend, „dass die Absicht, einen bestimmten Teil einer Gruppe zu vernichten, wie z.B. ihre politischen, administrativen, intellektuellen oder geschäftlichen Führer, 'unabhängig von der tatsächlichen Zahl der Getöteten ein starkes Indiz für Völkermord sein kann“.

¹⁰⁸ *Bosnien 200*; *Prosecutor v. Zdravko Tolimir*, Berufungsurteil, 8. April 2015, Abs. 263,

https://www.icty.org/x/cases/tolimir/acjug/en/150408_judgement.pdf; see also *Kroatien gegen Serbien*, Separate Opinion of Judge Bhandari, at Abs. 15-21.

Die im vorherigen Abschnitt über die Anreizung zitierten offiziellen oder offiziell bestätigten russischen Aussagen weisen in ihrer Gesamtheit auf einen „allgemeinen Plan“ zur teilweisen Vernichtung der ukrainischen Volksgruppe hin und damit eine genozidale Absicht belegen. Russlands hochrangige Beamte und staatliche Medien haben die Existenz einer ukrainischen Nation geleugnet, das vage Ziel einer „Entnazifizierung“ der Ukraine geäußert und einen bedeutenden, nicht näher definierten Teil der Bevölkerung (oder „sie“) als Nazis oder existentielle Bedrohung bezeichnet, was diese Gruppe zu einem legitimen Zerstörungsziel macht. Tolstoi und Medwedew, die stellvertretenden Vorsitzenden der Staatduma respektive des Sicherheitsrates, haben beide eine ganze Generation von UkrainerInnen als Nazis dargestellt („Die ukrainische Jugend wurde zur Hitlerjugend gemacht“ und „In den letzten 30 Jahren hat ein leidenschaftlicher Teil der Ukrainer für das Dritte Reich gebetet. Wortwörtlich.“).

Der Telegrammpost vom 5. April, den Medwedew zu Beginn der Invasion absetzte, ist vielleicht die aufschlussreichste Aussage eines hochrangigen Beamten in besonderer Autoritätsposition gegenüber dem Sicherheitsapparat einen langfristigen genozidalen Plan betreffend: „Da ist es kein Wunder dass, nachdem sie sich ins Dritte Reich verwandelt hat und die Namen von Verrätern und Nazi-Handlanger in ihre Geschichtslehrbücher geschrieben hat, die Ukraine dasselbe Schicksal ereilen wird. Diese Ukraine bekommt, was sie verdient!... Diese schwierigen Aufgaben kann man nicht so auf die Schnelle erledigen. Und sie werden nicht nur auf dem Schlachtfeld entschieden werden.“¹⁰⁹ Auch russische Soldaten haben Berichten zufolge Aussagen getätigt, die auf die Existenz eines übergeordneten Plans hindeuten könnten („Wir werden dort [in der Ukraine] jeden ausrotten, geh nach Russland,“ oder nach einer öffentlichen Exekution in Butscha: „Wir sind hier, um euch vom Dreck zu reinigen“). Darüber hinaus können das Ausmaß und die "Unveränderlichkeit der Tötungsmethoden“¹¹⁰ in den von russischen Streitkräften besetzten „geographisch begrenzten“ Gebieten als Beweis für einen allgemeinen Plan zur teilweisen Zerstörung der ukrainischen Gemeinschaft angesehen werden, wenn man das „geographisch begrenzte Gebiet“¹¹¹ betrachtet.

Rückschluss auf eine genozidale Absicht aufgrund eines Musters von gegen UkrainerInnen gerichteten Zerstörungsaktionen

Die russischen Streitkräfte haben im Verlauf der Invasion durchgängig und allgegenwärtig Gräueltaten an der ukrainischen Zivilbevölkerung verübt.

Boden-Massaker/Massenmord

Russische Streitkräfte haben an besetzten Orten in der Ukraine, unter anderem in den Gebieten Kyjiw, Sumy und Tschernihiw, ukrainische Zivilisten zusammengetrieben und gemeinschaftlich massenhaft exekutiert und dabei charakteristische Tötungsmethoden angewandt.¹¹² In diesen Gebieten haben nationale und internationale Ermittler und Analysten eine rasche Ausweitung der Massengräber und ein Muster ukrainischer Zivilistenleichen dokumentiert, die mit gefesselten Händen, gefoltert und aus nächster Nähe erschossen, aufgefunden wurden.¹¹³ Das volle Ausmaß der Tötungen wird erst dann

¹⁰⁹ https://t.me/medvedev_telegram/34

¹¹⁰ Krstic T Urteil Abs. 572

¹¹¹ *Bosnien gegen Serbien* Abs. 199.

¹¹² https://truth-hounds.org/wp-content/uploads/2022/05/analytical-report_-6-20-april-2022-1.pdf (2);

<https://www.politico.com/news/2022/05/09/kyiv-ukraine-russia-war-horrors-00030992>

¹¹³ <https://www.washingtonpost.com/world/2022/04/24/mariupol-ukraine-last-days/?variant=15bc93f5a1cebb65;>

[https://www.washingtonpost.com/world/2022/04/21/new-mass-grave-manhush-near-mariupol/;](https://www.washingtonpost.com/world/2022/04/21/new-mass-grave-manhush-near-mariupol/)

<https://www.theguardian.com/world/2022/apr/23/in-mariupol-putin-now-rules-a-wasteland-pitted-with-mass-graves;>

erkennbar werden, wenn die Ermittler Zugang zu den von russischen Streitkräften kontrollierten Gebieten erhalten.

Butscha

Die in Butscha dokumentierten Massaker könnten auf ein Muster in den russisch besetzten Gebieten hinweisen. Nach dem Rückzug der russischen Streitkräfte dokumentierten nationale und internationale Ermittler weit verbreitete gemeinschaftliche Hinrichtungen von Einwohnern, die aus nächster Nähe mit gefesselten Händen erschossen wurden und deren Zustand auf zusätzliche Folter schließen lässt.¹¹⁴

Beobachter berichteten übereinstimmend, dass überall in der Stadt Leichen von Zivilisten verstreut lagen, darunter die Leiche einer Frau, die in einem Keller entdeckt wurde, nachdem sie vergewaltigt und in den Kopf geschossen worden war, sowie fünf gefolterte Leichen, die mit gefesselten Händen im Keller eines Kinderferienlagers gefunden wurden, das von russischen Soldaten als Stützpunkt genutzt wurde.¹¹⁵ Die UNO hat hunderte von rechtswidrigen Tötungen von Zivilisten in Butscha, einer Stadt mit einer Vorkriegsbevölkerung von etwa 35.000, und anderen Ortschaften nördlich von Kyjiw dokumentiert.¹¹⁶ Nach Angaben des Leiters des städtischen Bestattungsinstituts von Butscha waren nur zwei der von seinem Team in Massengräbern bestatteten Leichen ukrainische Militärangehörige.¹¹⁷

Nach Angaben eines Bestatters, der in Butscha etwa 200 Leichen zusammensammelte:

Fast alle wurden durch Schüsse aus nächster Nähe getötet, entweder in den Kopf oder ins Auge... [darunter] etwa 50 Leichen mit gefesselten Händen... [mit] Spuren von Folter. Ihre Hände und Beine waren durchschossen. Einige hatten Schädelbrüche durch Schläge mit stumpfen Gegenständen.¹¹⁸

Ein anderer Bestatter bestätigte, dass die gemeinschaftlich getöteten Bewohner mit gefesselten Händen und Spuren von Folter aufgefunden wurden.¹¹⁹ Die russischen Besatzungstruppen gingen von Tür zu Tür und trieben Männer im wehrfähigen Alter zusammen, um sie öffentlich zu exekutieren.¹²⁰ Einem Zeugen zufolge richteten russische Soldaten Menschen hin „nur weil sie eine Tätowierung des ukrainischen Staatswappens hatten“¹²¹. Am 4. März zwangen russische Soldaten rund 40 Einwohner, dabei zuzusehen wie fünf Männer sich entkleideten und mit dem Hemd über dem Kopf hinknieten, und schossen

<https://www.hrw.org/news/2022/04/26/urgently-help-ukraine-civilians-flee-mariupol>;

<https://www.npr.org/sections/pictureshow/2022/04/22/1094234731/possible-mass-graves-near-mariupol-shown-in-satellite-images>

¹¹⁴ <https://apnews.com/article/russia-ukraine-zelenskyy-kyiv-europe-evacuations-665fd06b92852547d7b27627b99509a6>;

<https://www.nytimes.com/interactive/2022/04/11/world/europe/bucha-terror.html?searchResultPosition=1>;

<https://www.nytimes.com/2022/04/04/world/europe/bucha-ukraine-bodies.html>; <https://www.bbc.com/news/60981238>. Siehe auch Amnesty *He's Not Coming Back*.

¹¹⁵ <https://www.nytimes.com/interactive/2022/04/11/world/europe/bucha-terror.html?searchResultPosition=1>;

<https://www.france24.com/en/live-news/20220421-bucha-a-street-filled-with-bodies>; <https://www.bbc.com/news/world-europe-61442387>

¹¹⁶ <https://www.ohchr.org/en/press-briefing-notes/2022/05/plight-civilians-ukraine>

¹¹⁷ <https://www.hrw.org/news/2022/04/21/ukraine-russian-forces-trail-death-bucha>

¹¹⁸ <https://www.hrw.org/news/2022/04/21/ukraine-russian-forces-trail-death-bucha>

¹¹⁹ <https://www.hrw.org/news/2022/04/21/ukraine-russian-forces-trail-death-bucha>

¹²⁰ <https://www.reuters.com/investigates/special-report/ukraine-crisis-bucha-killings-soldiers/>

¹²¹ <https://www.bellingcat.com/news/2022/04/04/russias-bucha-facts-versus-the-evidence/>; <https://vot-tak.tv/novosti/03-04-2022-rasstrely-zhitelej-buchi/>

anschließend mindestens einem von ihnen in den Hinterkopf.¹²² Ein Zeuge berichtete, eine große Blutlache entlang der Mauer eines offenbar als russisches Hauptquartier genutzten Gebäudes in der Nähe gesehen zu haben.¹²³ Diese öffentlichen Hinrichtungen sind zusätzlich zu Artikel II (a) genozidale Handlungen nach Artikel II (b), da sie sowohl den ermordeten UkrainerInnen als auch denjenigen, die gezwungen waren, der Hinrichtung oder schweren Misshandlung eines Angehörigen mitanzusehen, schweren Schaden zufügen.¹²⁴

Zusätzlich zu den Hinrichtungen aus nächster Nähe dokumentierten die Ermittler auch, dass die russischen Streitkräfte auf Einwohner von Butscha schossen, die sich im Freien aufhielten oder in Häusern Schutz suchten. Eine Untersuchung von Amnesty International ergab, dass russische Soldaten Granaten in Häuser warfen und auf praktisch jeden Bewohner schossen, der sich im Freien aufhielt.¹²⁵ Ein Soldat warnte einen Anwohner: „Wir haben den Befehl, [jeden auf der Straße] zu erschießen.“¹²⁶ Während dieser Zeit wurden von Sprengfallen an den Leichen angebracht, eine Taktik, die die Tötungen maximiert, indem sie auf jene Einwohner abzielt, die die Leichen bergen, und die Ermittlungen durch die Zerstörung von Beweisen behindert.¹²⁷

Andere Stätten von Massenmord

In anderen Gebieten unter russischer Besatzung zeigten sich ähnliche Taktiken, wo Soldaten die Zivilbevölkerung terrorisierten und gemeinschaftlich exekutierten.¹²⁸ Am 27. Februar nahmen russische Streitkräfte in Stryj Bykiw mindestens sechs Männer fest und richteten sie hin. In verschiedenen ukrainischen Städten berichteten Einwohner, dass die russischen Streitkräfte auf der Straße offen auf Zivilisten feuerten.¹²⁹ In Irpin schossen russische Soldaten auf Anwohner auf offener Straße, überrollten Leichen mit Panzern.¹³⁰ Der stellvertretende Leiter des regionalen Leichenschauhauses von Tschernihiw berichtete von einer großen Zahl von Leichen, die mit Schüssen in den Hinterkopf im Stile einer Exekution eingeliefert wurden, 20 Prozent davon mit gefesselten Händen.¹³¹

Nach Angaben eines regionalen Beamten starben 100 Zivilisten in Sumy unter russischer Besatzung, darunter wurden auch Leichen gefunden, die in Handschellen und mit Folterspuren und Kopfschüssen.¹³² Außerdem sind russische Soldaten direkt in Häuser und Unterkünfte eingedrungen, um Zivilisten zu töten.¹³³ Berichten zufolge stürmten russische Soldaten am 7. März in Worsel einen Keller, warfen eine Rauchgranate hinein und schossen auf Zivilisten, die zu fliehen versuchten.¹³⁴

¹²² <https://www.hrw.org/news/2022/04/03/ukraine-apparent-war-crimes-russia-controlled-areas>

¹²³ <https://www.hrw.org/news/2022/04/03/ukraine-apparent-war-crimes-russia-controlled-areas>

¹²⁴ Kvočka et al. (IT-98-30/1), Abs. 149.

¹²⁵ Amnesty *He's Not Coming Back*, S. 7-9, 16.

¹²⁶ <https://www.nytimes.com/interactive/2022/04/11/world/europe/bucha-terror.html?searchResultPosition=1>

¹²⁷ <https://www.hrw.org/news/2022/04/21/ukraine-russian-forces-trail-death-bucha>

¹²⁸ <https://www.hrw.org/news/2022/04/03/ukraine-apparent-war-crimes-russia-controlled-areas>

¹²⁹ Amnesty *He's Not Coming Back*, S. 26...

¹³⁰ https://truth-hounds.org/wp-content/uploads/2022/04/final_22-march-5-april-3_eng_proof.pdf;

<https://www.france24.com/en/europe/20220422-in-ruined-kyiv-suburb-residents-ask-what-have-we-done-to-putin-to-be-slaughtered-like-this>

¹³¹ <https://www.theglobeandmail.com/world/article-ukraine-russia-chernihiv-civilian-deaths/>

¹³² https://truth-hounds.org/wp-content/uploads/2022/05/analytical-report_-6-20-april-2022-1.pdf 3

¹³³ <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2022/04/ukraine-russian-forces-extrajudicially-executing-civilians-in-apparent-war-crimes-new-testimony/>;

¹³⁴ <https://www.hrw.org/news/2022/04/03/ukraine-apparent-war-crimes-russia-controlled-areas>

Nach Angaben des Anführers einer Einheit freiwilliger Soldaten im nahe gelegenen Dorf Motyschyn fuhr ein russischer Panzerwagen eine Straße entlang und schoss mit einem schweren Maschinengewehr wahllos auf Häuser.¹³⁵ Obwohl Mariupol unter russischer Kontrolle steht und daher für Untersuchungen vor Ort unmöglich sind, haben Analysen von Satellitenbildern in dem Gebiet die rasche und massive Ausweitung von Friedhöfen und Massengräbern seit Anfang März aufgedeckt.¹³⁶

Absichtliche Angriffe auf Zufluchtsorte, Evakuierungsrouten und humanitäre Korridore

Die russischen Streitkräfte attackierten systematisch Zufluchtsorte, Fluchtwege und Evakuierungskonvois, die mit Zügen, Booten, Autos oder Bussen unterwegs waren, darunter auch solche mit weißen Fahnen und Schildern mit der Aufschrift „Kinder“¹³⁷. Am 16. März führten die russischen Streitkräfte präzise Luftangriffe (mit lasergesteuerten Bomben) auf das örtliche Theater auf einem Platz im Herzen von Mariupol¹³⁸ durch, wobei fast 600 Zivilisten ums Leben kamen.¹³⁹ Nach Ansicht der OSZE ist es „unbestritten“, dass die „Zerstörung des Theaters, das durch Schilder auf beiden Seiten eindeutig als Aufenthaltsort von Kindern gekennzeichnet war und wo viele Zivilisten Schutz gesucht hatten, vorsätzlich erfolgte.“¹⁴⁰

Zum Zeitpunkt des Luftangriffs war das Theater als wichtigster Schutzraum der Stadt bekannt, weil sich dort Vorräte des Roten Kreuzes befanden und man dort Informationen zur Evakuierung finden konnte. Auf dem Pflaster neben dem Vorder- und Hintereingang war in großen Buchstaben das Wort „Kinder“ geschrieben worden. Die Schrift war vom Himmel und von Satelliten aus deutlich zu erkennen.¹⁴¹ Am 17. März traf russische Artillerie nahe Charkiw eine Schule und ein Gemeindezentrum und tötete nach ukrainischen Angaben mindestens 21 Menschen.¹⁴² Am 7. Mai bombardierten russische Flugzeuge eine Schule im Gebiet Luhansk und töteten etwa 60 Zivilisten, die dort Schutz suchten.¹⁴³

Einer eingehenden Untersuchung zufolge beschossen russische Streitkräfte zwischen Ende Februar und Anfang März durchgängig den einzigen verbliebenen Fluchtweg aus Motyschyn, der von Zivilisten genutzt werden konnte.¹⁴⁴ Vom 24. März 2022 bis Anfang April, während der 39-tägigen Belagerung von Tschernihiw, beschossen russische Streitkräfte den letzten verbliebenen Zugangsweg der Stadt zu den

¹³⁵ <https://www.nytimes.com/interactive/2022/04/11/world/europe/bucha-terror.html?searchResultPosition=1>

¹³⁶ <https://www.wsj.com/articles/mass-graves-in-ukraine-reveal-mounting-death-toll-11651829402>;
<https://www.washingtonpost.com/world/2022/04/24/mariupol-ukraine-last-days/?variant=15bc93f5a1ccb65>;
<https://www.washingtonpost.com/world/2022/04/21/new-mass-grave-manhush-near-mariupol/>;
<https://www.theguardian.com/world/2022/apr/23/in-mariupol-putin-now-rules-a-wasteland-pitted-with-mass-graves>;
<https://www.hrw.org/news/2022/04/26/urgently-help-ukraine-civilians-flee-mariupol>;
<https://www.npr.org/sections/pictureshow/2022/04/22/1094234731/possible-mass-graves-near-mariupol-shown-in-satellite-images>

¹³⁷ <https://www.npr.org/2022/03/31/1089705434/ukraine-russia-war-mariupol-zaporizhzhia>

¹³⁸ Die örtlichen Behörden entfernten 2015 das Wort „russisch“ aus dem Namen des Theaters und ordneten im Juli 2021 an, dass alle Aufführungen in ukrainischer Sprache stattfinden müssen. <https://apnews.com/article/Russia-ukraine-war-mariupol-theater-c321a196fd568899841b506afcac7a1>

¹³⁹ Abs. 26 https://www.ohchr.org/sites/default/files/2022-03/HRMMU_Update_2022-03-26_EN.pdf;
<https://www.reuters.com/world/europe/thousands-civilians-mariupol-may-have-died-past-month-un-tells-reuters-2022-03-29/>

¹⁴⁰ OSZE Bericht S. 48.

¹⁴¹ <https://apnews.com/article/Russia-ukraine-war-mariupol-theater-c321a196fd568899841b506afcac7a1>;

<https://www.bbc.com/news/world-europe-60835106>

¹⁴² <https://www.cbsnews.com/news/russia-ukraine-war-merafa-mayor-kharkiv-21-killed-school-community-center-shelling/>

¹⁴³ <https://www.cnn.com/2022/05/08/europe/luhansk-school-bombing-ukraine-russia-intl/index.html>

¹⁴⁴ <https://www.youtube.com/watch?v=OUHU5UjnGtw>

damals von der Ukraine kontrollierten Gebieten.¹⁴⁵ Anfang März erklärte ein IKRK-Vertreter, dass eine vereinbarte Evakuierungsrouten aus Mariupol vermint worden sei.¹⁴⁶ Am 6. März beschossen russische Streitkräfte Zeugenaussagen zufolge eine wichtige Kreuzung an der Straße nach Kyjiw im Zehn-Minuten-Takt und damit auf Hunderte von Zivilisten, die aus dem Norden des Landes flohen.¹⁴⁷

Wie die New York Times berichtet, beschossen die russischen Streitkräfte in Irpin am selben Tag eine bereits zerstörte Brücke, während sich evakuierende Menschen über die Trümmer flohen, und töteten dabei mindestens vier Menschen (der Angriff wurde durch Fotos und Videos bestätigt).¹⁴⁸ Am 8. April beschossen die russischen Streitkräfte einen Bahnhof in Kramatorsk, in dem etwa 4.000 Zivilisten auf ihre Evakuierung warteten. Dabei wurden 57 Menschen getötet und rund 100 mussten in Krankenhäuser eingeliefert werden.¹⁴⁹

Russische Streitkräfte beschossen auch andere Evakuierungskonvois und töteten dabei Zivilisten, die vor der Gewalt in den Gebieten Kyjiw, Charkiw und Tschernihiw flohen, manchmal sogar unmittelbar nachdem sie ihnen die Erlaubnis zur Ausreise erteilt hatten.¹⁵⁰ Am 28. Februar eröffneten russische Streitkräfte das Feuer auf zivile Fahrzeuge in den Regionen Tschernihiw und Kyjiw, ohne dass sich ukrainische Streitkräfte in der Nähe befunden hätten, und töteten oder verletzten die Insassen, darunter auch fast eine ganze Familie, die sich auf dem Weg nach Hostomel befand.¹⁵¹ Überlebenden zufolge beschossen russische Streitkräfte am 12. März einen zivilen Konvoi von 12 bis 15 Fahrzeugen, der sich auf der Flucht aus Makariw befand, mit schwerem Geschützfeuer, nachdem sie ihn passieren lassen hatten, und töteten dabei einige der Insassen.¹⁵² Am 15. März schossen russische Soldaten nach Angaben eines Augenzeugen auf einen Konvoi, nachdem sie dem Konvoi die Ausfahrt aus Hawronschtschyna erlaubt hatten, und töteten mehrere Insassen.¹⁵³

Am 12. April schossen die russischen Streitkräfte auf mehrere Konvois, welche Städte im Gebiet Kyjiw evakuierten, und töteten dabei in einem Auto fünf Zivilisten.¹⁵⁴ Am 14. April beschossen russische Streitkräfte einen zivilen Bus in der Oblast Charkiw, wobei sieben Menschen getötet und 27 verletzt wurden.¹⁵⁵

Diese Angriffe auf Schutzräume und Evakuierungsrouten zerstören mögliche sichere Zufluchtsorte oder Fluchtwege für die ukrainische Zivilbevölkerung und halten sie häufig in Gebieten gefangen, in denen die

¹⁴⁵ <https://www.hrw.org/news/2022/03/31/ukraine-civilians-besieged-chernihiv-need-access-essentials>;
<https://www.newyorker.com/news/dispatch/the-siege-of-chernihiv>

¹⁴⁶ https://www.bbc.com/news/live/world-europe-60635927?ns_mchannel=social&ns_source=twitter&ns_campaign=bbc_live&ns_linkname=6225c463980bea49f4b7b73c%26Evacuacion%20route%20out%20of%20Mariupol%20was%20mined%2C%20Red%20Cross%20says%262022-03-07T08%3A47%3A05%2B00%3A00&ns_fee=0&pinned_post_locator=urn:asset:db771701-6dc4-4ec6-80c5-bf4be97ab054&pinned_post_asset_id=6225c463980bea49f4b7b73c&pinned_post_type=share

¹⁴⁷ <https://www.hrw.org/news/2022/03/08/ukraine-russian-assault-kills-fleeing-civilians>

¹⁴⁸ <https://www.washingtonpost.com/world/2022/03/06/russian-forces-shelling-irpin/>;
<https://www.washingtonpost.com/world/2022/03/06/russian-forces-shelling-irpin/>

¹⁴⁹ <https://www.cnn.com/2022/04/14/europe/ukraine-russia-atrocities-eyewitness-intl-cmd/index.html>; https://truth-hounds.org/wp-content/uploads/2022/05/analytical-report_-6-20-april-2022-1.pdf 6

¹⁵⁰ https://truth-hounds.org/wp-content/uploads/2022/05/analytical-report_-6-20-april-2022-1.pdf 5;

<https://www.cnn.com/2022/05/13/europe/ukraine-russia-kharkiv-atrocities-intl/index.html>.

¹⁵¹ <https://www.hrw.org/news/2022/05/02/ukraine-russian-forces-fired-civilian-vehicles>

¹⁵² Amnesty *He's Not Coming Back*, S. 17.

¹⁵³ <https://www.nbcnews.com/news/world/russia-ukraine-war-attack-civilian-convoy-havronschchyna-war-crime-rca25628>

¹⁵⁴ https://truth-hounds.org/wp-content/uploads/2022/05/analytical-report_-6-20-april-2022-1.pdf

¹⁵⁵ https://truth-hounds.org/wp-content/uploads/2022/05/analytical-report_-6-20-april-2022-1.pdf

russischen Streitkräfte der Bevölkerung lebensnotwendige Versorgung vorenthalten, wie im Folgenden erläutert wird

Willkürliche Bombardierung von Wohngebieten

Die russischen Streitkräfte haben nicht nur gezielt Zufluchtsorte der ukrainischen Bevölkerung angegriffen, sondern auch in großem Umfang Waffen mit von Natur aus großflächiger und ungenauer Wirkung oder Streumunition¹⁵⁶ eingesetzt, die auf dicht besiedelte Gebiete in mindestens acht ukrainischen Oblasten (Provinzen) abzielten, darunter Tschernihiw, Dnipropetrowsk, Donezk, Charkiw, Cherson, Mykolajiw, Odessa und Sumy.¹⁵⁷ In Tschernihiw berichteten Einheimische, dass die russischen Streitkräfte wiederholt Streumunition einsetzten und eine Warteschlange von Zivilisten beschossen, die sich um Brot anstellten.¹⁵⁸ Dabei wurden mindestens 12 Menschen getötet und Dutzende weitere verletzt, die in ein Krankenhaus gebracht wurden, das am nächsten Tag von den russischen Streitkräften beschossen wurde.

In Borodjanka führten russische Streitkräfte am 1. und 2. März eine Reihe von schweren Luftangriffen durch, bei denen acht Wohnhäuser, in denen 600 Familien lebten, getroffen und mindestens 40 Bewohner, von denen viele aus Angst draußen erschossen zu werden, Zuflucht gesucht hatten, getötet wurden.¹⁵⁹ Am 7. April wurden nach Angaben der ukrainischen Staatsanwaltschaft während der russischen Besetzung 26 Menschen durch den Beschuss von Wohngebäuden in Borodjanka getötet.¹⁶⁰ Am 10. April beschossen russische Streitkräfte Wohngebiete in der Oblast Charkiw und töteten dabei 10 Zivilisten.¹⁶¹

Am 3. März warfen die russischen Streitkräfte in Tschernihiw in unmittelbarer Nähe von Lebensmittelläden, Krankenhäusern und einer Vorschule acht ungelenkte (dumme) Bomben ab und töteten dabei 47 Zivilisten, von denen die meisten um Brot anstanden.¹⁶² An diesem Tag wurden bei russischen Angriffen in der Stadt Isjum mindestens acht Zivilisten getötet und das Zentralkrankenhaus schwerwiegend beschädigt.¹⁶³ Immer wieder wurde von Anwohner berichtet, dass die russischen Streitkräfte offen auf Zivilisten schießen und Wohnhäuser, Schulen, Kirchen und Krankenhäuser bombardieren, was auf eine Militärpolitik hinzuweisen scheint.¹⁶⁴ Nach Angaben von UNICEF wurden insgesamt Hunderte von Schulen von Sprengkörpern getroffen.¹⁶⁵

¹⁵⁶ Verboten durch das Übereinkommen über Streumunition von 2010, dem 110 Staaten beigetreten sind.

¹⁵⁷ HRW Intense and Lasting Harm (Intensiver und dauerhafter Schaden); https://www.ohchr.org/sites/default/files/2022-03/HRMMU_Update_2022-03-26_EN.pdf Abs. 9-11; <https://www.hrw.org/news/2022/03/18/ukraine-deadly-attacks-kill-injure-civilians-destroy-homes>; TH; <https://www.hrw.org/news/2022/03/24/interview-weapons-war-ukraine>

¹⁵⁸ <https://www.washingtonpost.com/world/2022/04/05/chernihiv-scene-death-destruction/>

¹⁵⁹ Amnesty *He's Not Coming Back*, S. 21-26

¹⁶⁰ https://truth-hounds.org/wp-content/uploads/2022/05/analytical-report_-6-20-april-2022-1.pdf 6

¹⁶¹ https://truth-hounds.org/wp-content/uploads/2022/05/analytical-report_-6-20-april-2022-1.pdf 6

¹⁶² <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2022/03/ukraine-russian-dumb-bomb-air-strike-kills-civilians-in-chernihiv-new-investigation-and-testimony/>; <https://www.hrw.org/news/2022/03/10/ukraine-russian-air-dropped-bombs-hit-residential-area>; <https://globalnews.ca/news/8808055/chemihiv-ukraine-war-aftermath/>

¹⁶³ <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2022/03/ukraine-beleaguered-town-of-izium-at-breaking-point-after-constant-attack-from-russian-forces-new-testimony/>

¹⁶⁴ <https://www.nytimes.com/2022/04/05/world/asia/ukraine-civilians-russia-borodyanka.html>;

<https://www.hrw.org/news/2022/03/18/ukraine-deadly-attacks-kill-injure-civilians-destroy-homes>;

<https://www.washingtonpost.com/world/2022/04/07/izyum-eastern-ukraine-razing-towns/>;

<https://www.nytimes.com/interactive/2022/03/23/world/europe/ukraine-civilian-attacks.html?searchResultPosition=39>

¹⁶⁵ <https://www.unicef.org/press-releases/children-ukraine-need-end-war-their-futures-hang-balance>

Russische militärische Belagerungen: Vorsätzliche und systematische Herstellung von lebensbedrohlichen Umständen

Während die russischen Streitkräfte die ukrainische Bevölkerung von innen und außen unerbittlich bombardierten, haben sie gleichzeitig und vorsätzlich Städte auf brutale Art und Weise belagert, was einem systematischen Vorgehen im Sinne von Artikel II (c) der Genozid-Konvention.¹⁶⁶ Die koordinierten Aktionen des russischen Militärs den ukrainischen Einwohnern die grundlegende Versorgung zu entziehen und sie unter lebensbedrohlichen Umständen gefangen zu halten, zeigen, dass die Belagerungen auf ihre physische Zerstörung abzielen.¹⁶⁷ Nach Angaben von UNICEF haben seit dem 15. April 1,4 Millionen Menschen in der vom Konflikt betroffenen Ostukraine keinen Zugang zu sauberem Wasser und weitere 4,6 Millionen Menschen keinen angemessenen Zugang zu Wasser.¹⁶⁸

Zerstörung von lebenswichtiger Infrastruktur

Bei der Belagerung von Städten folgten die russischen Streitkräfte stets einem ähnlichen Muster, indem sie frühzeitig Wasser-, Strom- und Kommunikationsquellen zerstörten und darüber hinaus medizinische Einrichtungen, Getreidelager¹⁶⁹ und Zentren zur Verteilung von Hilfsgütern ins Visier nahmen und demonstrierten damit eine militärische Strategie und Politik, die darauf ausgerichtet ist die ukrainischen Bewohner lebensgefährlichen Umständen auszusetzen.¹⁷⁰

In Butscha haben die russischen Streitkräfte am 4. März, eine Woche nach ihrer Ankunft, den Wasserturm und das Gaswerk zerstört und die Bewohner von Wasser und Gas abgeschnitten und damit auch das Heizen unmöglich gemacht.¹⁷¹ Ende März, eine Woche nach Ende der Belagerung von Tschernihiw durch die russischen Streitkräfte, einer Stadt mit einer Vorkriegsbevölkerung von etwa 300.000 Einwohnern, verlor der größte Teil der Stadt durch Beschuss fast vollständig den Zugang zu Wasser, Strom, Heizung und Telefonverbindungen.¹⁷² Gerichtsmediziner schätzen, dass während der 39-tägigen Belagerung von Tschernihiw etwa 700 Menschen starben, von denen auch einige Folterspuren aufwiesen, wobei die Zahl der Todesopfer weiter steigt.¹⁷³ Als die russischen Truppen mit dem Angriff auf Iziw begannen, das vor dem Krieg etwa 45.000 Einwohner hatte, war die gesamte Stadt schnell vollständig auf private Lebensmittelspenden und humanitäre Hilfe angewiesen, die nur einige Zivilisten, hauptsächlich in den großen Bunkern, erreichte.¹⁷⁴

¹⁶⁶ <https://www.washingtonpost.com/world/2022/04/07/izyum-eastern-ukraine-razing-towns/>

¹⁶⁷ https://truth-hounds.org/wp-content/uploads/2022/04/final_22-march-5-april-3_eng_proof.pdf;
<https://www.reuters.com/world/russia-blocked-evacuation-part-ukrainian-town-regional-governor-2022-03-10/>;
<https://www.bbc.com/news/world-europe-60938429>

¹⁶⁸ <https://www.unicef.org/press-releases/14-million-people-without-running-water-across-war-affected-eastern-ukraine>

¹⁶⁹ <https://www.washingtonpost.com/world/2022/05/05/ukraine-grain-theft-russia-hunger-war/>

¹⁷⁰ Siehe https://truth-hounds.org/wp-content/uploads/2022/05/analytical-report_-6-20-april-2022-1.pdf

¹⁷¹ <https://www.hrw.org/news/2022/03/30/devastation-and-loss-bucha-ukraine>.

¹⁷² <https://www.hrw.org/news/2022/03/31/ukraine-civilians-besieged-chernihiv-need-access-essentials>

¹⁷³ <https://globalnews.ca/news/8808055/chernihiv-ukraine-war-aftermath/>; https://truth-hounds.org/wp-content/uploads/2022/05/analytical-report_-6-20-april-2022-1.pdf

¹⁷⁴ <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2022/03/ukraine-beleaguered-town-of-izium-at-breaking-point-after-constant-attack-from-russian-forces-new-testimony/>

Ebenso bombardierte das russische Militär zu Beginn der Belagerung von Mariupol, einer Hafenstadt mit einer Vorkriegsbevölkerung von etwa 450.000 Einwohnern, um den 2. März herum rasch hintereinander die Strom-, Wasser-, Gas- und Kommunikationsquellen der Stadt.¹⁷⁵

Es gibt auch Hinweise darauf, dass Russland Cyberangriffe auf kritische ukrainische Infrastrukturen, einschließlich der Kommunikationssysteme und des Stromnetzes, durchgeführt hat, die Millionen von UkrainerInnen von der Stromversorgung, auf die sie zum Überleben angewiesen sind, und vom Zugang zu Informationen über den Krieg abgeschnitten haben.¹⁷⁶ Die russischen Streitkräfte haben auch Fernsehtürme zerstört. Ältere Einwohner sind meist auf Fernsehübertragungen angewiesen, um Informationen über Notfälle zu erhalten.¹⁷⁷

Angriffe auf die Gesundheitsversorgung

Bis zum 25. Mai hat die Weltgesundheitsorganisation (WHO) 248 Angriffe auf das ukrainische Gesundheitssystem dokumentiert.¹⁷⁸ Die ständigen Angriffe der russischen Streitkräfte auf Frühgeborenen-Zentren und Entbindungskliniken sind ein besonderer Beweis für die genozidale Absicht. Diese Angriffe stellen vier der fünf völkermörderischen Handlungen gemäß Artikel II (a)-(d), da sie Zivilisten in den betroffenen Gebäuden töten oder schwer schädigen, die bereits bestehenden lebensbedrohlichen Bedingungen verschlimmern und ukrainische Frauen daran hindern, sicher zu gebären. Die Angriffe auf die Gesundheitsversorgung in Mariupol zeigen ein deutliches Muster. Am 9. März bombardierten die russischen Streitkräfte das eindeutig identifizierbare und funktionsfähige Entbindungshaus und Kinderkrankenhaus von Mariupol.¹⁷⁹ Am 26. März, also in einem sehr frühen Stadium der Belagerung, waren von den sechs Krankenhäusern bereits zwei zerstört und drei beschädigt, während die übrigen Einrichtungen mit beschränktem Personal und ohne Heizung, ausreichende Versorgung, Strom oder Wasser arbeiteten.¹⁸⁰ Während der Belagerung durch die Russen haben die Bewohner davon gesprochen, dass sie Schnee kochten um Wasser zu erhalten oder Wasser aus Boilern abzupften.¹⁸¹

Zerstörung und Beschlagnahme von lebensnotwendigen Gütern, humanitärer Hilfe und Getreide

Nach Angaben ukrainischer Beamter und in der Landwirtschaft tätiger Personen haben die russischen Streitkräfte in den von Russland besetzten Gebieten Lagerhäuser und Bauernhöfe zerstört oder landwirtschaftliche Betriebe, Maschinen und riesige Getreidelager beschlagnahmt und Hunderttausende

¹⁷⁵ <https://news.un.org/en/story/2022/04/1116422>; <https://www.washingtonpost.com/world/2022/03/30/mariupol-siege-voices-ukraine-war/>

¹⁷⁶ <https://apnews.com/article/russia-ukraine-kyiv-technology-business-hacking-0147e33bc1846a3f8039f9c65a1b4b50>; <https://www.reuters.com/world/europe/russian-hackers-tried-sabotage-ukrainian-power-grid-officials-researchers-2022-04-12/>; <https://www.nytimes.com/2022/05/10/us/politics/russia-cyberattack-ukraine-war.html>

¹⁷⁷ <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2022/04/ukraine-russias-cruel-siege-warfare-tactics-unlawfully-killing-civilians-new-testimony-and-investigation/>

¹⁷⁸ <https://extranet.who.int/ssa/LeftMenu/PublicReportList.aspx?start=2022-02-24&end=2022-05-26&countryList=229&typeList=0>

¹⁷⁹ OSZE 46-47; <https://www.cnn.com/interactive/2022/03/europe/mariupol-maternity-hospital-attack/index.html>; Abs. 18 https://www.ohchr.org/sites/default/files/2022-03/HRMMU_Update_2022-03-26_EN.pdf

¹⁸⁰ Abs. 25 https://www.ohchr.org/sites/default/files/2022-03/HRMMU_Update_2022-03-26_EN.pdf; <https://www.washingtonpost.com/world/2022/04/24/mariupol-ukraine-last-days/?variant=15bc93f5a1ccbb65>; <https://www.bbc.com/news/world-europe-61208404>

¹⁸¹ <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2022/04/ukraine-russias-cruel-siege-warfare-tactics-unlawfully-killing-civilians-new-testimony-and-investigation/>

Tonnen Getreide für Russland enteignet.¹⁸² Russische Streitkräfte haben wiederholt humanitäre Hilfslieferungen und Mitarbeiter oder Konvois, die ukrainische Zivilisten evakuieren wollten, blockiert oder beschlagnahmt und den belagerten Einwohnern lebensnotwendige Güter gestohlen.¹⁸³ Auf die Frage in einem Interview, ob Russland den Hunger als Waffe einsetzt, antwortete der Exekutivdirektor des Welternährungsprogramms der Vereinten Nationen, David Beasley, in einem Interview: „Es steht außer Frage, dass Lebensmittel in vielerlei Hinsicht als Kriegswaffe eingesetzt werden.“ In Bezug auf die Versorgung der bedürftigsten Zivilisten äußerte Beasley die gleichen Bedenken wie andere UN-Sprecher, indem er feststellte, dass es „Orte gibt, an denen die russischen Streitkräfte die Stadt belagern und uns nicht den Zugang gewähren, den wir brauchen.“¹⁸⁴

Andere Orte mit lebensbedrohlichen Zuständen

In einem Dorf südlich von Tschernihiw sperrten russische Soldaten über 350 Menschen 28 Tage lang in einem Schulkeller ein, was zum Tod von zehn Personen durch Ersticken und lebensgefährlichen Bedingungen führte.¹⁸⁵ Von Human Rights Watch befragte Zivilisten aus den Regionen Kyjiw und Tschernihiw beschrieben, dass sie tage- oder wochenlang unter unhygienischen und erdrückenden Bedingungen mit wenig oder gar keiner Nahrung, unzureichendem Wasser und ohne Zugang zu Toiletten festgehalten wurden.¹⁸⁶ Während der Besetzung von Butscha starben nach Angaben von Friedhofsmitarbeitern sechs Menschen in einem Seniorenheim an Hunger.¹⁸⁷ Am 21. April ordnete Präsident Putin direkt eine vollständige Blockade des Stahlwerks Azovstal an, „damit keine Fliege durchkommt“, obwohl sich zu diesem Zeitpunkt noch 1.000 Zivilisten dort aufhielten.¹⁸⁸ Laut Satellitenbildern, von ukrainischen Beamten veröffentlichten Videos und Zeugenaussagen haben die russischen Streitkräfte auch so genannte „Filtrationslager“ eingerichtet, in denen die Bewohner verhört, gefoltert und ihrer Grundbedürfnisse beraubt werden.¹⁸⁹

Vergewaltigung und sexuelle Gewalt

Das Ausmaß der Berichte über sexuelle Gewalt und Vergewaltigung in den von Russland besetzten Gebieten deutet auf ein weit verbreitetes und systematisches Vorgehen der russischen Streitkräfte hin.¹⁹⁰ Die UN-Mission zur Überwachung der Menschenrechte in der Ukraine erhält weiterhin „Anschuldigungen von Vergewaltigungen, einschließlich Gruppenvergewaltigungen, versuchter Vergewaltigungen, erzwungener Nacktheit und Androhung sexueller Gewalt gegen zivile Frauen und

¹⁸² <https://www.washingtonpost.com/world/2022/05/05/ukraine-grain-theft-russia-hunger-war/>;

<https://www.ft.com/content/d28cc77d-9de3-4988-bdba-cfab77268ea3>

¹⁸³ <https://www.hrw.org/news/2022/04/03/ukraine-apparent-war-crimes-russia-controlled-areas>

¹⁸⁴ <https://www.cbsnews.com/video/full-interview-world-food-programme-chief-david-beasley-on-face-the-nation/>; see also <https://news.un.org/en/story/2022/03/1115252>

¹⁸⁵ <https://www.hrw.org/news/2022/05/02/older-people-no-longer-invisible-casualties-war-ukraine>

¹⁸⁶ <https://www.hrw.org/news/2022/05/18/ukraine-executions-torture-during-russian-occupation>

¹⁸⁷ <https://www.hrw.org/news/2022/05/02/older-people-no-longer-invisible-casualties-war-ukraine>

¹⁸⁸ <https://www.theguardian.com/world/2022/apr/21/russian-forces-accused-of-secret-burials-of-civilians-in-mariupol>

¹⁸⁹ <https://www.cnn.com/2022/05/23/europe/russia-ukraine-filtration-camps-intl-cmd/index.html>

<https://www.bbc.com/news/world-europe-61208404>; <https://www.washingtonpost.com/world/2022/05/06/ukraine-mariupol-russian-filtration-camp-video/>;

<https://www.washingtonpost.com/world/2022/03/27/russian-camps-outside-mariupol/>;

https://truth-hounds.org/wp-content/uploads/2022/04/final_22-march-5-april-3_eng_proof.pdf (filtration camp in Donetsk Oblast)

¹⁹⁰ <https://www.cnn.com/2022/04/22/europe/ukraine-sexual-violence-allegations-russia-cmd-intl/index.html>;

<https://www.hrw.org/news/2022/04/03/ukraine-apparent-war-crimes-russia-controlled-areas>;

<https://www.theguardian.com/world/2022/apr/03/all-wars-are-like-this-used-as-a-weapon-of-war-in-ukraine>; https://truth-hounds.org/wp-content/uploads/2022/04/final_22-march-5-april-3_eng_proof.pdf

Mädchen, Männer und Jungen.“¹⁹¹ Anwohner, Gerichtsmediziner, Freiwillige, ukrainische Beamte und internationale Ermittler haben außerdem ein Muster sexueller Gewalt in der gesamten Ukraine aufgedeckt, unter anderem in den Oblasten Donezk, Charkiw, Cherson, Kyjiw, Mykolajiw und Winnyzja.¹⁹² Die Berichte umfassen Gruppenvergewaltigungen von Müttern zusammen mit ihren Kindern, Vergewaltigungen in den Wohnungen oder Unterkünften der Opfer sowie Vergewaltigungen von Eltern vor ihren Kindern und umgekehrt.¹⁹³ Human Rights Watch bestätigte brutale Akte sexueller Gewalt in einem Dorf in der Region Charkiw, das damals unter russischer Kontrolle stand, wo ein russischer Soldat eine Dorfbewohnerin wiederholt mit vorgehaltener Waffe vergewaltigte und ihr in einer Schule, in der hauptsächlich Frauen und Mädchen untergebracht waren, Hals und Gesicht zerschnitt.¹⁹⁴ Nach Angaben der ukrainischen Ombudsfrau vergewaltigten russische Soldaten einen 11-jährigen Jungen in Butscha, während seine Mutter an einen Stuhl gefesselt und zum Zuschauen gezwungen wurde.¹⁹⁵ Amnesty International dokumentierte den Bericht einer Frau in einem Dorf östlich von Kyjiw, in dem „zwei russische Soldaten in ihr Haus eindringen, ihren Ehemann töteten und sie dann wiederholt mit vorgehaltener Waffe vergewaltigten, während sich ihr kleiner Sohn in einem Heizungsraum in der Nähe versteckte.“¹⁹⁶ Diese Fälle fügen den Familienmitgliedern, die gezwungen sind, Zeugen zu sein, zusätzliche genozidale Handlungen von schweren psychischen Schäden zu.

Vergewaltigung und sexuelle Gewalt können ein Beweismittel für Genozid sein, da sie sowohl als Beweis für die genozidale Absicht als auch für die Handlungen gemäß Artikel II (b), (c) und (d), und Artikel II (a), wenn darauf eine Hinrichtung oder ein durch Folter verursachter Tod folgt.¹⁹⁷ Vergewaltigung und sexuelle Gewalt führen erwiesenermaßen zu langfristiger physischer und biologischer Zerstörung durch extremes Trauma, was zu Selbstmord, sexuell übertragbaren Krankheiten und Fortpflanzungsunfähigkeit oder -unwilligkeit führt.

Die Untersuchungskommission für die Arabische Republik Syrien kam zu dem Schluss, dass ISIS der jesidischen Gemeinschaft durch Vergewaltigung Geburtenverhütungsmaßnahmen auferlegt hat, und zitierte die Aussage eines Traumapsychologen, der Hunderte von jesidischen Frauen und Mädchen behandelt hat, nachdem sie von ISIS gefangen gehalten wurden, wonach die Frauen und Mädchen „weder jetzt noch in Zukunft heiraten oder Beziehungen zu Männern in Erwägung ziehen wollten.“¹⁹⁸ Laut der ukrainischen Ombudsfrau sagten russische Soldaten den Frauen und Mädchen, die 25 Tage lang in einem Keller festgehalten wurden, dass „sie sie so vergewaltigen würden, dass sie keinen sexuellen Kontakt mit einem Mann wollen, um zu verhindern, dass sie ukrainische Kinder bekommen.“¹⁹⁹ Im Jahr 2016 stellte die Untersuchungskommission fest, dass genozidale Vergewaltigungen als geburtsverhindernde

¹⁹¹ <https://ukraine.un.org/en/181201-press-briefing-head-un-human-rights-monitoring-mission-ukraine-matilda-bogner>; While women and girls make up the majority of victims, men and boys have also been targeted for sexual violence. See e.g. <https://www.theguardian.com/world/2022/may/03/men-and-boys-among-alleged-victims-by-russian-soldiers-in-ukraine>

¹⁹² <https://www.theguardian.com/world/2022/apr/25/evidence-ukraine-women-raped-before-being-killed-say-doctors-russia-war>

¹⁹³ <https://reliefweb.int/report/ukraine/sexual-violence-and-ukraine-conflict-april-2022>; <https://news.yahoo.com/russian-soldiers-accused-of-raping-women-men-and-children-in-ukraine-224021315.html>

¹⁹⁴ <https://www.hrw.org/news/2022/04/03/ukraine-apparent-war-crimes-russia-controlled-areas>

¹⁹⁵ <https://news.yahoo.com/russian-soldiers-accused-of-raping-women-men-and-children-in-ukraine-224021315.html>

¹⁹⁶ <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2022/04/ukraine-russian-forces-extrajudicially-executing-civilians-in-apparent-war-crimes-new-testimony/>

¹⁹⁷ *Kroatien* Abs. 166. Die Untersuchungskommission stellte fest, dass ISIS die verbotene Handlung nach Artikel II (c) begangen hat, indem jesidische Frauen und Mädchen sexuell versklavt und mehrfach vergewaltigt wurden, während ihnen Nahrung, Wasser und medizinische Versorgung vorenthalten wurde. „They came to destroy“, Abs. 140.

¹⁹⁸ COI „They came to destroy“ Abs. 145. Siehe auch Die Feststellung von Human Rights Watch zum Kosovo-Krieg: „Ein Zweck, dem die Vergewaltigungen im Krieg gedient haben könnten, war es, Frauen davon abzuhalten, sich in Zukunft fortzupflanzen“. verfügbar unter https://www.hrw.org/legacy/reports/2000/fry/Kosov003-02.htm#P186_35892

¹⁹⁹ <https://www.bbc.com/news/world-europe-61071243>

Maßnahmen gemäß Artikel II (d), wie sie auch vom IGH anerkannt wurden, wenn „die Fähigkeit der Mitglieder der Gruppe, sich fortzupflanzen, beeinträchtigt wird.“²⁰⁰

In den ersten beiden Aprilwochen erhielt die ukrainische Ombudsfrau für Menschenrechte, Ljudmyla Denissowa, 400 Berichte über Vergewaltigungen durch russische Truppen.²⁰¹ Es gab auch Berichte über Fälle, die auf sexuelle Sklaverei hinauslaufen.²⁰² In Butscha, berichtete die Ombudsfrau, dass russische Soldaten eine Gruppe von etwa 25 Frauen und Mädchen im Alter von 14-24 Jahren 25 Tage lang in einem Keller gefangen hielten und systematisch vergewaltigten, was zu neun Schwangerschaften führte.²⁰³ Einem von den UN dokumentierten Zeugen aus erster Hand zufolge ist unter den UkrainerInnen die Angst weit verbreitet, dass Vergewaltigungen von Russland als Kriegswaffe eingesetzt werden.²⁰⁴

Andere Fälle deuten darauf hin, dass Ermordungen eine Vergewaltigung vorausging oder sie durch Selbstmordgedanken ausgelöst wurden. In der Nähe von Kyjiw wurden die Leichen nackter Frauen am Straßenrand gefunden, teilweise verbrannt.²⁰⁵ In Borodjanka wurde die Leiche eines Mannes mit schweren Blutergüssen, einem Sack über dem Kopf, gefesselten Händen und heruntergezogener Hose gefunden.²⁰⁶ Ein ukrainischer Psychologe berichtete, dass er drei Opfer im Alter von 16 bis 20 Jahren behandelt, die alle nach Gruppenvergewaltigungen durch russische Soldaten an Selbstmordgedanken litten und „im Grunde genommen alle die gleiche Geschichte erzählten“ (was auf eine systematische Praxis hindeutet), wonach drei bis fünf Soldaten in ihre Häuser eindringen, sie in Dienstbarkeit zwingen und sie einer Gruppenvergewaltigung unterzogen.²⁰⁷

Es gibt auch vom ukrainischen Geheimdienst (SBU) freigegebene Aufnahmen von russischen Soldaten, die gestehen, dass sie Vergewaltigungen begangen haben und von ihren Ehefrauen dazu ermutigt wurden.²⁰⁸ Das Ausmaß der sexuellen Gewalt in diesem Krieg wird sich erst im Laufe der Zeit offenbaren, obwohl es wahrscheinlich nie vollständig ans Licht kommen wird. Es gibt eine Vielzahl von Gründen, warum Überlebende nicht bereit sind, eine Vergewaltigung anzuzeigen, selbst gegenüber ihren Familien. Dazu gehören Stigmatisierung, Selbstbeschuldigung, extremes Trauma, Scham, Sicherheitsbedenken oder ein Mangel an Dienstleistungen und Möglichkeiten der Rechtsprechung.²⁰⁹ Überlebende sexueller Gewalt in Konflikten können mit dem Ausschluss aus ihren Gemeinschaften und der Ablehnung durch ihre Familien konfrontiert sein oder als ungeeignet für die Ehe angesehen werden, insbesondere in eher patriarchalischen Gesellschaften.²¹⁰ In der Ukraine berichteten zwei Frauen, die eine Vergewaltigung im Bezirk Browary überlebt hatten, dass sie ein zweites Mal zum Opfer wurden, als sie

²⁰⁰ Kroatien Abs. 166.

²⁰¹ https://twitter.com/KyivIndependent/status/1519320459115966466?s=20&t=P2P4ZfCgUNW523B_VELFeQ

²⁰² <https://reliefweb.int/report/ukraine/sexual-violence-and-ukraine-conflict-april-2022>

²⁰³ <https://www.bbc.com/news/world-europe-61071243>; <https://www.nytimes.com/interactive/2022/04/11/world/europe/bucha-terror.html?searchResultPosition=1>; Sexual Slavery is a CAH under the Rome Statute Art. 7(1)(g).

²⁰⁴ <https://news.un.org/en/story/2022/04/1116422>

²⁰⁵ <https://www.theguardian.com/world/2022/apr/03/all-wars-are-like-this-used-as-a-weapon-of-war-in-ukraine>

²⁰⁶ <https://www.cnn.com/2022/04/14/europe/ukraine-russia-atrocities-eyewitness-intl-cmd/index.html>

²⁰⁷ https://zona.media/translate/2022/04/19/rape_eng

²⁰⁸ <https://twitter.com/ServiceSsu/status/1513867211315757056?s=20&t=Hp8zz3A32TfIMFIKnQnGMQ;>

²⁰⁹ Siehe Erklärungen des UN-Hochkommissars für Menschenrechte und des Leiters der UN-Menschenrechtsbeobachtungsmission in der Ukraine, <https://www.ohchr.org/en/statements-and-speeches/2022/05/ukraine-update-human-rights-council-special-session> (“Überlebende sind oft nicht bereit, sich interviewen zu lassen, aus Angst und wegen der Stigmatisierung”); und <https://ukraine.un.org/en/181201-press-briefing-head-un-human-rights-monitoring-mission-ukraine-matilda-bogner> (“Im Allgemeinen haben wir jedoch festgestellt, dass die Opfer sexueller Gewalt und ihre Familien und Freunde aufgrund der Stigmatisierung zögern, darüber zu sprechen... Mit der Zeit wird das Ausmaß dieser Verstöße deutlicher werden“).

²¹⁰ https://newlinesinstitute.org/wp-content/uploads/Final-Edits_Gender-and-Genocide-Conference-Report_ep-Final.pdf at 6.

von ihrer Gemeinschaft beschuldigt wurden, mit russischen Soldaten zu kollaborieren oder von ihnen für Sex besondere Vergünstigungen zu erhalten.²¹¹

Zwangstransfer von UkrainerInnen

Die umfangreiche Überführung russischer Kinder nach Russland oder in von Russland kontrollierte Gebiete kann als „gewaltsame Überführung von Kindern der Gruppe in eine andere Gruppe“ im Sinne von Art. II (e) der Völkermordkonvention angesehen werden. In der letzten Aprilwoche gab der russische Außenminister bekannt, dass seit dem 24. Februar über eine Million Menschen aus der Ukraine nach Russland umgesiedelt wurden, darunter nach Angaben des russischen Verteidigungsministeriums über 180 000 Kinder.²¹² Während Russland behauptet, die Evakuierungen seien freiwillig, sind die UkrainerInnen eindeutig größtenteils gezwungen, aufgrund der russischen Invasion zu fliehen, und Flüchtlinge und Beamte haben weiter berichtet, dass sie mit Gewalt oder unter Androhung von Gewalt umgesiedelt wurden.²¹³ Nach Angaben des ukrainischen Menschenrechtskommissars wurden mehr als 121 000 Kinder gewaltsam nach Russland deportiert, wo derzeit Änderungen an der Gesetzgebung vorgenommen werden, um die Adoption von Kindern aus dem Donbas zu beschleunigen.²¹⁴ Nach Angaben ukrainischer Beamter wurden ukrainische Kinder zwangsweise in abgelegene Regionen Russlands gebracht, wo sie gezwungen werden, Russischunterricht zu nehmen.²¹⁵ Ende März berichtete das ukrainische Außenministerium, dass mehr als 2 000 Kinder aus der Donbas-Region zwangsweise nach Russland verbracht wurden. Das russische Verteidigungsministerium bestätigte später eine ähnliche Anzahl von Kindern, die ohne Beteiligung der Ukraine aus der Region nach Russland gebracht wurden.²¹⁶ Am 18. April berichteten ukrainische Beamte, dass russische Streitkräfte 40.000 Einwohner von Mariupol gewaltsam nach Russland überstellten.²¹⁷ Zusätzlich zu den Artikel II (e) Handlungen, können diese groß angelegten gewaltsamen Transfers als ethnische Säuberung bezeichnet werden. Der IGH hat festgestellt, dass ethnische Säuberung oder „die ethnische Homogenisierung eines Gebiets durch Anwendung von Gewalt oder Einschüchterung, um Personen bestimmter Gruppen aus dem Gebiet zu entfernen“ ... ein wichtiges Indiz für das Vorhandensein einer spezifischen Absicht [zur Zerstörung] sein kann.²¹⁸

Zerstörung von kulturellen und heiligen Stätten

Mit Stand vom 2. Mai hat die UNESCO seit dem 24. Februar Schäden an 120 kulturellen und heiligen Stätten festgestellt.²¹⁹ Am 12. März griffen russische Streitkräfte eine der heiligsten orthodoxen christlichen Stätten der Ukraine an und beschädigten sie durch einen Luftangriff.²²⁰ In Isjum wurde durch russisches Bombardement eine weitere ukrainisch-orthodoxe Kirche beschädigt, die den Zweiten Weltkrieg überstanden hat.²²¹ In Irpin gaben Einwohner an, dass die russischen Streitkräfte das

²¹¹ <https://www.cnn.com/2022/05/09/europe/ukraine-russian-soldiers-brovary-rape-victims/index.html>

²¹² [https://www.reuters.com/world/more-than-1-mln-people-evacuated-ukraine-russia-since-feb-24-says-lavrov-2022-04-30/;](https://www.reuters.com/world/more-than-1-mln-people-evacuated-ukraine-russia-since-feb-24-says-lavrov-2022-04-30/)

<https://www.nytimes.com/live/2022/04/30/world/ukraine-russia-war-news>

²¹³ [https://www.washingtonpost.com/world/2022/03/30/ukraine-mariupol-russia-evacuation-filtration/;](https://www.washingtonpost.com/world/2022/03/30/ukraine-mariupol-russia-evacuation-filtration/)

<https://www.nytimes.com/live/2022/04/30/world/ukraine-russia-war-news>

²¹⁴ <https://www.forbes.com/sites/ewelinaochab/2022/04/10/ukrainian-children-forcibly-transferred-and-subjected-to-illegal-adoptions/?sh=5072c55c30e0>

²¹⁵ <https://www.businessinsider.com/russia-forcibly-moved-mariupol-children-6000-miles-away-ukraine-official-2022-4>

²¹⁶ <https://www.reuters.com/world/europe/moscow-says-1847-children-among-thousands-transported-ukraine-russia-2022-05-03/>

²¹⁷ <https://www.hrw.org/news/2022/04/26/urgently-help-ukraine-civilians-flee-mariupol>

²¹⁸ *Bosnien* Abs. 190.

²¹⁹ <https://www.unesco.org/en/articles/damaged-cultural-sites-ukraine-verified-unesco>

²²⁰ <https://www.nytimes.com/2022/03/13/world/europe/monastery-shelling-ukraine.html>

²²¹ <https://www.washingtonpost.com/world/2022/04/07/izyum-eastern-ukraine-razing-towns/>

Kulturzentrum von Irpin absichtlich mit Artilleriefire beschossen haben, in dem Bestreben das ukrainische Kulturerbe der Stadt auszulöschen.²²² Der Rechtsprechung zufolge können Angriffe auf kulturelle und religiöse Stätten „legitimerweise als Beweis für die Absicht angesehen werden, die Gruppe physisch zu zerstören.“²²³

Die Absicht zur teilweisen Zerstörung

Wie oben erwähnt, kann ein Angriff auf einen „Teil“ der angegriffenen Gruppe einen Genozid darstellen, wenn man die Größe oder den Bekanntheitsgrad des Teils und die Kontrolle des Täters berücksichtigt. Mit Stand vom 24. Mai 2022 verzeichnete das Büro des UN-Hochkommissars für Menschenrechte offiziell 3.930 getötete und 4.532 verletzte Zivilisten²²⁴, warnt jedoch davor, dass die Zahl der Todesopfer um Tausende höher liegt, da die Dokumentation in Gebieten mit intensiven Auseinandersetzungen verzögert wird.²²⁵ Der „Teil“ der Zielgruppe wird nicht nur durch die geschätzte Zahl der getöteten Zivilisten deutlich, die drastisch unterschätzt wird. Das Ausmaß der Gräueltaten an den UkrainerInnen muss im Verhältnis zu dem Gebiet bewertet werden, in dem Russland aktiv ist oder das es kontrolliert.²²⁶ Die russischen Streitkräfte haben beim Rückzug aus den besetzten Gebieten eine Spur konzentrierter physischer Zerstörung hinterlassen, darunter Massenhinrichtungen aus nächster Nähe, Folter, Zerstörung lebenswichtiger Infrastrukturen sowie Vergewaltigungen und sexuelle Gewalt.

Schließlich muss die qualitative Dimension des betroffenen Teils der Gruppe berücksichtigt werden, einschließlich ihrer politischen und kommunalen Führer oder anderer repräsentativer Mitglieder, da diese Persönlichkeiten ein Symbol für die Gruppe darstellen oder für ihr Überleben von wesentlicher Bedeutung sind. Die russischen Streitkräfte haben lokale Regierungschefs und Gemeindevorsteher²²⁷ gewaltsam verschwinden lassen, gefoltert und getötet, wie in Hostomel,²²⁸ Tschernihiw,²²⁹ Motyschyn, Nova Kachowka und Melitopol²³⁰, wozu auch die Tötung der gesamten Familie des Bürgermeisters von Motyschyn gehört, die in einem Massengrab begraben wurde.²³¹ Nach Angaben einer örtlichen NGO haben die russischen Streitkräfte seit dem 9. April mindestens 11 Bürgermeister entführt.²³² In einem Schreiben an das UN-Hochkommissariat für Menschenrechte (OHCHR) informierten die USA den Hohen Kommissar über Geheimdienstinformationen, wonach „die russischen Streitkräfte Listen mit identifizierten UkrainerInnen erstellen, die nach einer militärischen Besetzung getötet oder in Lager geschickt werden sollen“.²³³ Auch andere Mitglieder der Gruppe, die eine eher informelle Führungsrolle spielen oder ein Symbol für die UkrainerInnen sind, werden ins Visier genommen. In den so genannten „Filtrationslager“ werden laut Zeugenaussagen UkrainerInnen gefoltert, verschwinden oder werden

²²² <https://www.cbc.ca/news/politics/ukraine-russia-irpin-putin-war-crimes-atrocity-1.6440301>

²²³ Abs. 344, zitiert nach Krstic, TCJ Abs. 580

²²⁴

²²⁵ <https://www.theguardian.com/world/2022/may/10/ukraine-civilian-deaths-higher-official-toll-un-warns>

²²⁶ Bosnien Abs. 199.

²²⁷ (p. 55, 59, 60 OSZE); <https://thehill.com/policy/international/598700-ukrainian-officials-say-russian-forces-have-abducted-third-mayor>; <https://www.washingtonpost.com/world/2022/04/07/izyum-eastern-ukraine-razing-towns/>

²²⁸ <https://www.hrw.org/news/2022/05/02/ukraine-russian-forces-fired-civilian-vehicles>

²²⁹ <https://www.washingtonpost.com/world/2022/04/05/chernihiv-scene-death-destruction/>

²³⁰ <https://www.bbc.com/news/world-europe-60858363>

²³¹ <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2022/04/ukraine-russian-forces-extrajudicially-executing-civilians-in-apparent-war-crimes-new-testimony/>; <https://apnews.com/article/russia-ukraine-zelenskyy-kyiv-europe-evacuations-665fd06b92852547d7b27627b99509a6>; Truth Hounds Bericht; Abs. 38 https://www.ohchr.org/sites/default/files/2022-03/HRMMU_Update_2022-03-26_EN.pdf

²³² https://truth-hounds.org/wp-content/uploads/2022/05/analytical-report_-6-20-april-2022-1.pdf 13

²³³ <https://www.washingtonpost.com/context/read-u-s-letter-to-the-u-n-alleging-russia-is-planning-human-rights-abuses-in-ukraine/93a8d6a1-5b44-4ae8-89e5-cd5d328dd150/>

getötet, wenn sie auch nur den Anschein von Loyalität gegenüber der Ukraine, Ausdruck ukrainischer nationaler Identität oder Aktivismus zeigen.²³⁴ Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Gesamtheit der konzentrierten Grausamkeiten, die von den russischen Streitkräften gegen UkrainerInnen in den von Russland besetzten Gebieten begangen werden, und die Auswahl identifizierbarer UkrainerInnen oder Anführer, die physisch vernichtet werden sollen, auf die Absicht hinweisen, die ukrainische nationale Gruppe teilweise zu zerstören.

Zuschreibung von genozidaler Absicht

Das Muster der Gräueltaten gegen die ukrainische Zivilbevölkerung, wie sie vom russischen Militär oder von den von Russland unterstützten Separatisten begangen wurden, ist Russland zuzurechnen, da die Personen und juristischen Personen als staatliche Organe handeln oder unter der tatsächlichen Kontrolle von Staatsbeamten stehen. Die gleiche Schlussfolgerung hinsichtlich der Zuschreibung genozidaler Handlungen an den Staat, die die Unabhängige Untersuchungskommission der Vereinten Nationen zu Myanmar in Bezug auf die „Säuberungsaktionen“ des Militärs und anderer Kräfte Myanmars gegen die Rohingya gezogen hat, gilt auch hier: „Das Ausmaß der Beteiligung des Staates ist unbestreitbar.“²³⁵

Erste Untersuchungen haben einige der zerstörerischsten Gräueltaten direkt den russischen Streitkräften zugeschrieben. Der OSZE zufolge zeigen „in den meisten Fällen [der groß angelegten Zerstörung ziviler Objekte] Angriffswinkel, verwendete Munition und getroffene Objekte eindeutig, dass diese Angriffe Russland zuzuschreiben sind“.²³⁶ Investigative Journalisten und Amnesty International haben die Anwesenheit oder Beteiligung russischer Besatzungstruppen an zahlreichen Orten festgestellt, an denen es zu außergerichtlichen Massentötungen und Folterungen von Zivilisten gekommen ist. In der Nähe von Butscha gehörten zu diesen Kräften die russische Sicherheitstruppe „Witjas“, die 76. Garde-Luftangriffsdivision (eine Fallschirmjägertruppe unter dem russischen Verteidigungsminister Sergej Schoigu) und tschetschenische Einheiten, die mit dem Oberhaupt der Tschetschenischen Republik und glühenden Putin-Anhänger Ramsan Kadyrow verbunden sind.²³⁷ „Witjas“ untersteht dem Kommando der Nationalgarde, Rossgwardija, und wird von Wiktor Solotow geleitet, der direkt an Präsident Putin berichtet. Die ukrainischen Behörden machten die 64. separate motorisierte Infanteriebrigade Russlands für die Gräueltaten in Butscha verantwortlich, bei denen unter anderem Zivilisten durch Verhungern getötet wurden.²³⁸ Darüber hinaus haben NGOs, Reporter und Waffenexperten viele der umfangreichen Streumunitionsangriffe direkt auf russische Streitkräfte zurückverfolgt, darunter auch auf die 79. russische Raketenartilleriebrigade, die direkt von Russland aus unter dem Kommando von Generaloberst Alexandr Schurawljow eingesetzt wurde.²³⁹

III. Die Pflicht, Genozid zu verhüten

²³⁴ <https://www.cnn.com/2022/05/23/europe/russia-ukraine-filtration-camps-intl-cmd/index.html>;
<https://www.cbsnews.com/news/russia-ukraine-camps-pliant-population/>

²³⁵ *Detaillierte Ergebnisse der Independent International Fact-Finding Mission on Myanmar*, Sept. 16, 2019, A/HRC/42/CRP.5, Abs. 222

²³⁶ OSZE Bericht, S. 28

²³⁷ <https://www.reuters.com/investigates/special-report/ukraine-crisis-bucha-killings-soldiers/>; siehe auch Amnesty S. 6-16,
<https://www.amnesty.org/en/documents/eur50/5561/2022/en/>.

²³⁸ <https://www.nytimes.com/2022/04/29/world/europe/bucha-russian-soldiers-atrocities.html>

²³⁹ <https://www.hrw.org/report/2022/05/11/intense-and-lasting-harm/cluster-munition-attacks-ukraine>;
<https://www.cnn.com/2022/05/12/world/russia-general-ukraine-syria-cluster-bombs-intl-cmd/index.html>

Wie der IGH festgestellt hat, „entsteht die Verpflichtung eines Staates zur Verhütung von Genozid und die entsprechende Pflicht zum Handeln in dem Moment, in dem der Staat von der Existenz eines ernsthafter Risikos eines Genozids erfährt oder normalerweise hätte erfahren müssen.“²⁴⁰ Die Gesamtheit der in diesem Bericht dokumentierten Zerstörungen durch russische Streitkräfte an UkrainerInnen kann der internationalen Gemeinschaft und den einzelnen Staaten als Anhaltspunkt für die Beurteilung dienen, ob ein Genozid im Gange ist oder zumindest das ernste Risiko eines Genozids besteht, was die entsprechende Pflicht zur Verhütung auslöst.

Das unmittelbare Risiko eines Genozids

Der UN Analyserahmen für die Verhütung von Gräueltaten bietet einen zusätzlichen Leitfaden für die Bewertung des Ausmaßes, in dem ein solches ernsthaftes Risiko eines Genozids besteht, einschließlich der spezifischen Risikofaktoren für Genozid: 1) Spannungen zwischen den Gruppen und 2) Anzeichen für die Absicht, eine geschützte Gruppe zu vernichten, sowie die entsprechenden Indikatoren.²⁴¹ Die meisten Indikatoren des ersten Risikofaktors sind in der gegenwärtigen Situation besonders ausgeprägt, darunter die Leugnung der Existenz einer ukrainischen Gruppe durch Russland, die Geschichte der ungestraft begangenen Gräueltaten und frühere Konflikte um Ressourcen oder politische Teilhabe.²⁴² In diesem Zusammenhang hat der IGH die Bedeutsamkeit eines „Klimas des tief sitzenden Hasses“ für die Frage nach einer ernststen Gefahr unterstrichen, ein Klima, das zweifellos dort besteht, wo russische Soldaten darauf konditioniert wurden, Botschaften zu verinnerlichen, die UkrainerInnen mit Nazis gleichsetzen.²⁴³ Die Anzeichen für genozidale Absichten im Rahmen des zweiten Risikofaktors, die sich gegen UkrainerInnen richten, wurden in diesem Bericht ausführlich dargelegt, einschließlich der Dokumentation von Aufwiegelung, gezielter physischer Zerstörung, weit verbreiteter oder systematischer Gewalt, Maßnahmen, die die reproduktiven Rechte ernsthaft beeinträchtigen oder die zwangsweise Verbringung von Kindern in Erwägung ziehen, entmenslichender Gewalt, der Verwendung verbotener Waffen, starker Bekundungen der Zustimmung zur Kontrolle über die geschützte Gruppe²⁴⁴ und Angriffen auf Häuser, Bauernhöfe und kulturelle oder religiöse Symbole und Güter.²⁴⁵

Darüber hinaus gibt es eine Anzahl zusätzlicher auslösender Faktoren oder Ereignisse, die den Ausbruch eines Genozids begünstigen können, darunter bewaffnete Feindseligkeiten, Maßnahmen, die als Bedrohung für die Souveränität eines Staates empfunden werden (zunehmende Anträge von Nachbarländern auf Beitritt zur NATO, was Russland zu einer Bedrohung seiner nationalen Sicherheit erklärt hat, die „Vergeltungsmaßnahmen“²⁴⁶ erfordern), Akte der Aufwiegelung oder Hasspropaganda und das Gedenken an traumatische oder historische Ereignisse, die die Spannungen verschärfen können (die Entnazifizierungsinvasion als Anspielung auf Russlands traumatische historische Episode im Zweiten Weltkrieg).

²⁴⁰ *Bosnien gegen Serbien* Abs. 431.

²⁴¹ https://www.un.org/en/genocideprevention/documents/about-us/Doc.3_Framework%20of%20Analysis%20for%20Atrocity%20Crimes_EN.pdf 18-19. Siehe auch JBI Risk Factors for Genocide S. 2-4.

²⁴² https://www.un.org/en/genocideprevention/documents/about-us/Doc.3_Framework%20of%20Analysis%20for%20Atrocity%20Crimes_EN.pdf 18.

²⁴³ *Bosnien gegen Serbien* Abs. 438.

²⁴⁴ Siehe Russlands Umgang mit russischen Streitkräften, die für Gräueltaten verantwortlich sind. So hat Putin beispielsweise die Brigade, die der Gräueltaten in Butscha verdächtigt wird, mit einem Ehrentitel für den „Schutz der Souveränität Russlands“ ausgezeichnet und lobte den „großen Heldenmut und die Tapferkeit ... ein Vorbild bei der Erfüllung ihrer militärischen Pflicht, Tapferkeit, Hingabe und Professionalität.“

²⁴⁵ https://www.un.org/en/genocideprevention/documents/about-us/Doc.3_Framework%20of%20Analysis%20for%20Atrocity%20Crimes_EN.pdf 19.

²⁴⁶ <https://apnews.com/article/russia-ukraine-putin-kyiv-western-europe-4e2a185188fa94200161b831d6692683>

Das Wesen der Pflicht zur Verhütung von Genozid

Die Genozid-Konvention erlegt den Staaten eine rechtliche Mindestverpflichtung auf, angemessene Maßnahmen zu ergreifen, um zur Verhütung von Genozid beizutragen, eine Pflicht, die sich auch auf andere Länder erstreckt und unabhängig davon gilt, ob die Maßnahmen eines einzelnen Staates ausreichend sind, um Genozid zu verhindern. Staaten mit starken politischen Verbindungen zu Russland haben eine größere Pflicht, ihren Einfluss in dieser Hinsicht geltend zu machen, da die Pflicht zur Verhütung von Staat zu Staat abhängig ist von seiner:

„Fähigkeit, das Handeln von Personen, die einen Genozid begehen könnten oder bereits begangen haben, wirksam zu beeinflussen. Diese Fähigkeit hängt unter anderem von der geographischen Entfernung des betreffenden Staates vom Ort des Geschehens und von der Stärke der politischen wie auch aller anderen Beziehungen zwischen den Behörden dieses Staates und den Hauptakteuren des Geschehens ab.“²⁴⁷

Der IGH hat diese Verpflichtung ganz klar so definiert, dass die Vertragsstaaten „alle ihnen angemessenerweise zur Verfügung stehenden Mittel einsetzen müssen, um einen Genozid so weit wie möglich zu verhindern“.²⁴⁸ In diesem Zusammenhang müssen alle Staaten alle angemessen verfügbaren Mittel einsetzen, um die russische Führung öffentlich und privat dahingehend zu beeinflussen, dass sie Maßnahmen ergreift, um die gefährdete ukrainische Zivilbevölkerung vor dem unmittelbaren Risiko eines Genozids zu schützen, indem sie unter anderem Garantien für sichere humanitäre Zonen und Korridore, den Zugang zu medizinischer Versorgung und lebensnotwendigen Gütern sowie Prozesse zur Verantwortlichkeit für von russischen Soldaten begangene Gräueltaten sicherstellt.

²⁴⁷ *Bosnien gegen Serbien* Abs. 430.

²⁴⁸ Ebd.

Fazit

1995 wurden der internationalen Gemeinschaft die Einzelheiten des Massenmordes an über 7.000 bosnischen muslimischen Jungen und Männern in Srebrenica erst bekannt, als es zu spät war, um einen Genozid zu verhindern, der innerhalb weniger Tage stattfand.²⁴⁹ Im Jahr 2022 sind wir in der Lage, ähnliche Gräueltaten genau zu verfolgen und entsprechend zu reagieren.

Dieser Bericht liefert hinreichende Gründe für die Schlussfolgerung, dass Russland die staatliche Verantwortung für (a) die direkte und öffentliche Aufstachelung zum Genozid und (b) ein Muster von Gräueltaten trägt, aus dem auf die Absicht geschlossen werden kann, die ukrainische Volksgruppe teilweise zu vernichten, was einen Verstoß gegen Artikel III (c) und Artikel II. Darüber hinaus stellt der Bericht schlüssig fest, dass das ernsthafte Risiko eines Genozids besteht, was die rechtliche Verpflichtung aller Staaten auslöst, Genozid zu verhüten gemäß Artikel I der Genozid-Konvention auslöst.

²⁴⁹ Siehe Bericht des Generalsekretärs, *Fall von Srebrenica, Nachwirkungen des Falls von Srebrenica*, S. 72, <https://documents-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/GEN/N99/348/76/IMG/N9934876.pdf?OpenElement>

Nachwort von Hon. Irwin Cotler

Das Raoul-Wallenberg-Zentrum für Menschenrechte und das New Lines Institut haben unermüdlich daran gearbeitet, umfassendes Beweismaterial für die Gräueltaten zusammenzutragen, die Russland bei seinem Angriff auf alle grundlegenden Normen der auf Regeln basierenden internationalen Ordnung begangen hat. Es ist meine Hoffnung, dass die hier vorgelegten überwältigenden Beweise von Parlamentariern, Rechtsberatern und Gerichten gleichermaßen genutzt werden, um ein prägnantes Urteil zu fällen, Russland zur Rechenschaft zu ziehen und unserer dringenden Pflicht zum Schutz und zur Prävention nachzukommen. Wir verstehen, dass man zögert, sich auf die Völkermordkonvention zu berufen — und dass dies eher zu einer Definitionsdebatte als zu den notwendigen Maßnahmen führen könnte —, aber in diesem Fall zwingen uns die systematischen Gräueltaten an den UkrainerInnen zu einer rechtzeitigen Schlussfolgerung über das geltende Recht. Was wir jetzt erleben, ist eine unbestreitbare Aufstachelung zum Völkermord, die von Kreml-Beamten durch die bewusste Darstellung der UkrainerInnen als Untermenschen und existenzielle Bedrohung für Russland betrieben wird. Zusammen mit den systematischen Gräueltaten der russischen Streitkräfte an UkrainerInnen können wir auf die völkermörderische Absicht schließen, die ukrainische Volksgruppe teilweise zu vernichten. Die zusammengetragenen Beweise, die Analyse und der hier angewandte Prognoserahmen machen deutlich, dass zumindest das ernste Risiko eines Genozids besteht. Die Staaten sind sich dessen bewusst und sind rechtlich verpflichtet, alle angemessenen Maßnahmen zu ergreifen, um Russland von weiteren Gräueltaten abzuhalten. Wenn die internationale Gemeinschaft über die größte Bedrohung der internationalen Ordnung und des europäischen Friedens und der Sicherheit in der modernen Geschichte nachdenkt, können wir nicht mehr guten Gewissens sagen, dass wir es nicht gewusst haben. Wir wissen es jetzt, und wir müssen handeln.

Der ehrenwerte Irwin Cotler, internationaler Vorsitzender des Raoul-Wallenberg-Zentrums für Menschenrechte in Montreal, Kanada

Anhang

Dieser Bericht wurde unter Mitwirkung und in Absprache mit zahlreichen unabhängigen Experten erstellt, darunter die folgenden, die sich bereit erklärt haben, öffentlich genannt zu werden:

Yonah Diamond

Yonah Diamond ist ein internationaler Menschenrechtsanwalt, der sich am Raoul Wallenberg Centre for Human Rights auf die Prävention von Gräueltaten und den Einsatz für politische Gefangene spezialisiert hat. Er war Mitverfasser und Mitglied des Lenkungsausschusses für den Rechtsbericht, *Cameroon's Unfolding Catastrophe: Evidence of Human Rights Violations and Crimes against Humanity*. Er ist der Hauptautor des unabhängigen Expertenberichts *The Uyghur Genocide: An Examination of China's Breaches of the Genocide Convention*. Diamond diente diesem Projekt als Hauptautor.

Professor John Packer

Professor John Packer ist der Neuberger-Jesin-Professor für internationale Konfliktlösung an der juristischen Fakultät und Direktor des Forschungs- und Bildungszentrums für Menschenrechte an der University of Ottawa. Mehr als 20 Jahre lang arbeitete er für zwischenstaatliche Organisationen (UNHCR, ILO, OHCHR, UNDP, OSZE) und untersuchte schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen, insbesondere im Irak, in Afghanistan und in Birma/Myanmar. Er ist ehemaliger leitender Rechtsberater und erster Direktor des Büros des Hohen Kommissars für nationale Minderheiten der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Professor Packer war bei diesem Projekt als leitender Berater tätig.

Erin Farrell Rosenberg

Erin Farrell Rosenberg ist Gastwissenschaftlerin am Urban-Morgan-Institut für Menschenrechte an der University of Cincinnati College of Law. Sie ist Anwältin mit Spezialisierung auf internationales Strafrecht und Wiedergutmachung und hat ein Jahrzehnt lang am ICTY und am Internationalen Strafgerichtshof gearbeitet. Sie war früher leitende Beraterin des Zentrums für die Verhütung von Völkermord am US Holocaust Memorial Museum, wo sie die Hauptautorin der Berichtsreihe *Practical Prevention: How the Genocide Convention's Obligation to Prevent Applies to Burma*. Sie ist Mitglied des Redaktionsausschusses des Journal of International Criminal Justice (JICJ) und der ABA Working Group on Crimes Against Humanity. Rosenberg war bei diesem Projekt als Hauptberaterin tätig.

Professor Susan Benesch

Professor Susan Benesch gründete und leitete das *Dangerous Speech Project* (dangerousspeech.org), um Aussagen, die zu Gewalt führen können, zu untersuchen und Wege zu finden, diese zu verhindern, ohne Meinungsfreiheit einzuschränken. Die internationale Menschenrechtsanwältin ist auch Fakultätsmitglied des Berkman-Klein-Zentrums für Internet & Gesellschaft an der Harvard University.

Rayhan Asat

Rayhan Asat ist Menschenrechtsanwältin mit Sitz in Washington DC. Als Absolventin der juristischen Fakultät der Harvard University und ehemalige Anwältin für Korruptionsbekämpfung bei einer großen US-Anwaltskanzlei. Sie spezialisiert sich auf internationales Menschenrechtsrecht. Derzeit ist sie Senior Fellow am Raoul Wallenberg Centre for Human Rights und Gründerin sowie Präsidentin der American Turkic International Lawyers Association.

Adejoké Babington-Ashaye

Adejoké Babington-Ashaye ist eine Expertin für internationales Recht. Sie ist aktiv an der Bereitstellung von technischer Unterstützung und Beratung für die nationale Strafverfolgung und Untersuchung internationaler Verbrechen durch UNODC und die Wayamo Foundation beteiligt und war Ermittlerin am Internationalen Strafgerichtshof (2005-2010). Babington-Ashaye war außerdem ehemalige Senior Counsel bei der Weltbank (2012-2021) und ehemalige stellvertretende Rechtsberaterin am Internationalen Gerichtshof (2010-2012).

Christopher Atwood

Christopher Atwood ist Doktorand am Harriman Institute der Columbia University. Er erforscht regionale Wahrnehmungen von Identität, Kultur und Kommunikation. Er hat mehrere Medien-, Werbe- und Marketingorganisationen sowie Nichtregierungsorganisationen in der Ukraine und in Russland beraten.

Santiago A. Canton

Santiago A. Canton ist Direktor des Peter D. Bell Rule of Law Programms beim Inter-American Dialogue und internationaler Gastwissenschaftler am Washington College of Law der American University. Im Jahr 1998 war er der erste Sonderberichterstatter für das Recht auf freie Meinungsäußerung im Interamerikanischen System. Von 2001 bis 2012 war er Executive Secretary der Interamerikanischen Menschenrechtskommission der Organisation Amerikanischer Staaten. Im Jahr 2005 wurde Canton mit dem Großen Preis der Inter-American Press Associations Chapultepec für seine Beiträge zur Förderung, Entwicklung, Stärkung und Verteidigung der Grundsätze der Meinungsfreiheit ausgezeichnet.

Honorable Irwin Cotler

Irwin Cotler ist der internationale Vorsitzende des Raoul Wallenberg Centre for Human Rights, emeritierter Professor für Recht an der McGill University, ehemaliger Justizminister und Generalstaatsanwalt Kanadas, langjähriges Mitglied des Parlaments und internationaler Menschenrechtsanwalt.

Professor David Crane

Professor David Crane ist Professor für Praxis am Syracuse University College of Law. Er lehrt internationales Recht, internationales Strafrecht, humanitäres Völkerrecht, nationales Sicherheitsrecht und andere verwandte Themen. Er ist auch der Gründer der Kampagne „I am Syria“ und von „Impunity Watch“. Zuvor war Crane von 2002 bis 2005 Chefankläger des Internationalen Kriegsverbrechertribunals in Westafrika, bekannt als Sondergerichtshof für Sierra Leone, der von UN-Generalsekretär Kofi Annan eingesetzt wurde.

Dato Param Cumaraswamy

Dato Param Cumaraswamy ist ein angesehener internationaler Rechtsanwalt, der von 1986 bis 1988 Vorsitzender des malaysischen Anwaltsrats und von 1994 bis 2003 Sonderberichterstatter der UN-Menschenrechtskommission für die Unabhängigkeit von Richtern und Anwälten war. Er hat viel über die Unabhängigkeit der Anwaltschaft und des Justizwesens sowie über die Bedeutung der Menschenrechte geschrieben. Er hat zahlreiche Vorträge über eine Vielzahl von Rechtsthemen gehalten, insbesondere über die Rolle einer unabhängigen und verantwortungsvollen Justiz bei der Förderung der Demokratie.

Botschafterin Kelley Currie

Botschafterin Kelley Currie ist Menschenrechtsanwältin und war zwischen 2019 und 2021 US-Botschafterin für globale Frauenangelegenheiten und von 2017 bis 2019 US-Vertreterin im Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen. Während ihrer gesamten außenpolitischen Karriere hat sich

Botschafterin Currie auf Menschenrechte, politische Reformen, Entwicklung und humanitäre Fragen spezialisiert. Derzeit ist sie Adjunct Senior Fellow am Center for a New American Security und Senior Non-Resident Fellow am New Lines Institute.

Professor Tanya L. Domi

Professor Tanya L. Domi ist außerordentliche Assistenzprofessorin für International and Public Affairs an der School of International and Public Affairs der Columbia University und Mitglied des Lehrkörpers des Harriman Institute. Domi hat zur EU-Integration der westlichen Balkanstaaten und der NATO-Erweiterung in der Region geforscht.

Dr. Tatyana Eatwell

Dr. Tatyana Eatwell arbeitet als Rechtsanwältin bei Doughty Street Chambers in London, Großbritannien, und spezialisiert sich auf Völkerrecht und internationale Menschenrechte. Sie war an hochkarätigen Berufungsverfahren vor dem Obersten Gerichtshof des Vereinigten Königreichs beteiligt, bei denen es um die Auslegung des Völkerrechts, z. B. in Bezug auf Kriegsverbrechen, Terrorismus und Folter, sowie um die Anwendung des Völkerrechts in nationalen Verfahren ging. Sie hat an der Universität Cambridge im Völkerrecht promoviert. Ihre Dissertation befasst sich mit Fragen der Zurechnung von strafrechtlicher Verantwortung und trägt den Titel *State Responsibility for the Unlawful Conduct of Armed Groups* (soll 2022 bei Cambridge University Press veröffentlicht werden).

Mark Ellis

Mark Ellis ist Direktor der International Bar Association und Vorsitzender des von den Vereinten Nationen eingerichteten Beratungsgremiums für Angelegenheiten der Verteidiger im Rahmen des Mechanismus für internationale Strafgerichtshöfe. Ellis war außerdem Rechtsberater der Unabhängigen Internationalen Kommission für das Kosovo und wurde von der OSZE als Berater bei der Einrichtung des serbischen Kriegsverbrechertribunals eingesetzt. Er war aktiv am Obersten Gerichtshof für den Irak beteiligt und fungierte als Rechtsberater für das Verteidigungsteam von Nuon Chea vor dem kambodschanischen Kriegsverbrechertribunal (ECCC).

Zoe Gladstone

Zoe Gladstone hat an der Universität Ottawa promoviert, wo sie sich auf Menschenrechte und internationales Recht spezialisiert hat. Sie verfügt über vielfältige Arbeitserfahrungen im öffentlichen Sektor, u. a. im kanadischen Justizministerium und im Ministerium für auswärtige Angelegenheiten, und wegen ihrer früheren Tätigkeit als Projektmanagerin am Raoul Wallenberg Center for Human Rights und als Praktikantin für Politik und Recht bei der Stiftung für Menschenrechte.

Professor Max Hilaire

Professor Max Hilaire ist Professor an der New York University in Prag. Er hat einen M.A., M.Phil. und Ph.D. in Internationalen Beziehungen von der Columbia University in New York. Zu seinen Fachgebieten gehören Völkerrecht, internationale Menschenrechte und humanitäres Völkerrecht, Recht der Vereinten Nationen und das Recht der US-Außenbeziehungen. Er ist ehemaliger Professor und Vorsitzender der Abteilung für Politikwissenschaft an der Morgan State University. Er war zweimal Fulbright-Stipendiat und erhielt eine Reihe von Fulbright-Hayes-Preisen und andere Auszeichnungen für herausragende Lehrkräfte. Er ist Autor mehrerer Bücher, zuletzt *The Evolution and Transformation of International Law*.

Mofidul Hoque

Mofidul Hoque ist der Gründungstreuhand des Befreiungskriegsmuseums in Bangladesch und Direktor des Zentrums für Studien über Völkermord und Frieden. Er erhielt die zweithöchste zivile Auszeichnung in Bangladesch, den Ekushey Padak, und ist international für seine Arbeit als Genozidforscher, Aktivist und Wissenschaftler anerkannt.

Professor Steven T. Katz

Professor Steven T. Katz ist Inhaber des Alvin J. und Shirley Slater Lehrstuhls für jüdische Holocaust-Studien an der Boston University und ehemaliger Direktor des Elie Wiesel Center for Jewish Studies. Zuvor lehrte er am Dartmouth College und hat zahlreiche Werke über den Holocaust und die jüdische Philosophie veröffentlicht.

Professor Hiroaki Kuromiya

Professor Hiroaki Kuromiya ist ein emeritierter Professor für Geschichte an der Indiana University. Er erforscht die moderne und zeitgenössische Ukraine im breiteren Kontext der eurasischen Geschichte. Kuromiya hat über den Donbas, historisch und zeitgenössisch, den Holodomor, den Großen Terror und andere Themen geschrieben, hauptsächlich während der Stalin-Ära.

Professor Errol Mendes

Professor Errol Mendes ist Jurist, Autor und Professor und war als Berater für Unternehmen, Regierungen, zivilgesellschaftliche Gruppen und die Vereinten Nationen tätig. Zu seinen Lehr-, Forschungs- und Beratungsinteressen gehören Verfassungs- und Menschenrechtsrecht, Völkerrecht, einschließlich humanitären Rechts und internationalen Strafrechts, sowie internationalen Wirtschafts- und Handelsrechts.

Professor Norman M. Naimark

Professor Norman M. Naimark ist der Robert und Florence McDonnell Professor für Osteuropastudien an der Stanford University. Naimark beschäftigt sich mit der modernen osteuropäischen und russischen Geschichte sowie mit Völkermord und ethnischen Säuberungen im 20. Er ist der Autor von *Genocide: A World History*. Dr. Naimark promovierte 1972 in Geschichte an der Stanford University. Zusätzlich zu seinen zahlreichen akademischen Positionen wurde er 1996 mit dem Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet.

Dr. Melanie O'Brien

Dr. Melanie O'Brien ist außerordentliche Professorin für internationales Recht an der juristischen Fakultät der University of Western Australia. Sie ist Präsidentin der International Association of Genocide Scholars und Mitglied des WA International Humanitarian Law Committee des Australischen Roten Kreuzes. Zu O'Briens Forschungs- und Betreuungsgebieten gehören internationales Strafrecht, Völkermordstudien, internationales Menschenrecht, internationales humanitäres Recht, feministische Rechtstheorie, Völkerrecht, vergleichendes Strafrecht, Friedenssicherung und Militärrecht. O'Briens Arbeit über Zwangsheirat wurde vom Internationalen Strafgerichtshof zitiert, und sie war amicus curiae vor dem ICC.

Dr. Ewelina U. Ochab

Dr. Ewelina U. Ochab ist eine Menschenrechtsverteidigerin, Autorin und Mitbegründerin der Coalition for Genocide Response. Dr. Ochab arbeitet zum Thema Völkermord mit besonderem Schwerpunkt auf der Verfolgung ethnischer und religiöser Minderheiten auf der ganzen Welt. Zu ihren wichtigsten Projekten gehören der Völkermord des Daesh in Syrien und im Irak, die Gräueltaten von Boko Haram in

Westafrika, die Situation der Rohingya-Muslime in Myanmar und der Uiguren in China. Sie hat über 30 Berichte für die Vereinten Nationen verfasst und mündliche und schriftliche Beiträge beim Menschenrechtsrat, dem UN-Forum für Minderheitenfragen, der PACE und anderen internationalen und regionalen Foren eingereicht.

Professor Maxim Pensky

Professor Max Pensky ist Professor für Philosophie an der Binghamton University, der State University of New York, wo er Mitbegründer und Direktor des Instituts for Genocide and Mass Atrocity Prevention (I-GMAP) ist. Er war Stipendiat an der Goethe-Universität Frankfurt sowie an den Universitäten Oxford und Cornell.

Emily Prey

Emily Prey ist leitende Analystin am New Lines Institute for Strategy and Policy. Sie ist Gender-Expertin mit Spezialisierung auf Völkermord und Übergangsjustiz und hat einen Master-Abschluss in Gender-Analyse und menschlicher Sicherheit von der Fletcher School of Law and Diplomacy. Sie hat an dem unabhängigen Expertenbericht *The Uyghur Genocide: An Examination of China's Breaches of the Genocide Convention*.

Botschafter Allan Rock

Botschafter Allan Rock ist emeritierter Präsident und Professor für Recht an der University of Ottawa. Er war 20 Jahre lang als Prozessanwalt in Toronto tätig, bevor er ins Parlament gewählt wurde, wo er mehrere Kabinettsposten bekleidete. Später diente er als kanadischer Botschafter bei den Vereinten Nationen in New York, wo er die erfolgreichen kanadischen Bemühungen um die einstimmige Annahme der Schutzverantwortung durch die UN-Mitgliedstaaten leitete.

Dean Michael Scharf

Dean Michael Scharf ist seit 2013 Co-Dekan der Case Western Reserve University School of Law. Er ist außerdem Geschäftsführer der Public International Law and Policy Group, einer für den Friedensnobelpreis nominierten NGO. Er leitete von USAID finanzierte Projekte zur Übergangsjustiz in Uganda, Côte d'Ivoire, Libyen und der Türkei (für Syrien) sowie Projekte zur Bekämpfung der Seepiraterie in Kenia, Mauritius und auf den Seychellen. Scharf war außerdem in zahlreichen Positionen als Anwalt für das US-Außenministerium tätig.

Botschafter David J. Scheffer

Botschafter David J. Scheffer ist Internationaler Francqui-Professor an der KU Leuven und war der erste US-Botschafter für Fragen der Kriegsverbrechen (1997-2001). Scheffer war an der Einrichtung der Internationalen Strafgerichtshöfe für das ehemalige Jugoslawien und Ruanda, des Sondergerichtshofs für Sierra Leone und des Tribunals für die Roten Khmer beteiligt. Außerdem leitete er das US-Verhandlungsteam bei den Gesprächen der Vereinten Nationen über den Internationalen Strafgerichtshof. Scheffer ist emeritierter klinischer Professor und emeritierter Direktor des Zentrums für internationale Menschenrechte an der Northwestern Pritzker School of Law.

Professor Marci Shore

Professor Marci Shore ist außerordentliche Professorin für Geschichte an der Universität Yale und regelmäßige Gastwissenschaftlerin am Institut für die Wissenschaften vom Menschen in Wien. Sie ist die Übersetzerin von Michał Głowiński's *The Black Seasons and the author of Caviar and Ashes: A Warsaw Generation's Life and Death in Marxism, 1918-1968*, *The Taste of Ashes: The Afterlife of Totalitarianism in Eastern Europe*, und *The Ukrainian Night: An Intimate History of Revolution*. Sie erhielt ein

Guggenheim-Stipendium für ihr aktuelles Projekt über Phänomenologie in Ostmitteleuropa mit dem vorläufigen Titel *Eyeglasses Floating in the Sky: Central European Encounters that Took Place while Searching for Truth*.

Dr. David Simon

Dr. David Simon ist Mitglied des Exekutivausschusses des Consortium of Higher Education Centers for Holocaust, Genocide, and Human Rights Studies. Simon untersucht, wie Staaten und Gesellschaften massenhafte Gräueltaten begehen und erleben und wie sie sich anschließend erholen. Er ist Direktor der Undergraduate Studies in Yale und war als Berater für mehrere UN-Organisationen tätig, darunter UNDP, UNITAR, das Büro des Sonderberaters für die Verhütung von Völkermord und das Millennium Development Project.

Professor Timothy Snyder

Professor Timothy Snyder ist Richard C. Levin Professor für Geschichte an der Yale University und ständiger Mitarbeiter am Institut für die Wissenschaften vom Menschen in Wien. Zu seinen Büchern gehören *The Reconstruction of Nations: Poland, Ukraine, Lithuania, Belarus, 1569-1999* (2003), *Bloodlands: Europe Between Hitler and Stalin* (2010), *Black Earth: The Holocaust as History and Warning* (2015) und *On Tyranny: Twenty Lessons from the Twentieth Century* (2017). Er war Marshall-Stipendiat in Oxford und wurde mit dem Carnegie- und dem Guggenheim-Stipendium ausgezeichnet. Zu seinen weiteren Auszeichnungen gehören der Emerson Prize in the Humanities, der Literaturpreis der American Academy of Arts and Letters, der Preis der Foundation for Polish Science in den Sozialwissenschaften, der Leipziger Preis für Europäische Verständigung, der Preis des niederländischen Auschwitz-Komitees und der Hannah-Arendt-Preis für politisches Denken.

Dr. Gregory H. Stanton

Dr. Gregory H. Stanton ist Gründungspräsident von Genocide Watch, Gründer des Cambodian Genocide Project und Gründer der Alliance Against Genocide. Er war Präsident (2007-2009) der International Association of Genocide Scholars (IAGS). Während seiner Tätigkeit im US-Außenministerium verfasste er die Resolutionen des UN-Sicherheitsrats, die zur Einrichtung des Internationalen Strafgerichtshofs für Ruanda führten.

Chief Charles Taku

Chief Taku ist ein zertifizierter führender Experte für internationales Recht mit vierzig Jahren Berufs- und Prozessenerfahrung. Er ist ehemaliger Präsident der International Criminal Court Bar Association (ICCBA) und Treuhänder und Mitglied auf Lebenszeit des Executive Governing Council der African Bar Association (AfBA). In den letzten zwei Jahrzehnten vertrat er Mandanten vor dem Internationalen Strafgerichtshof für Ruanda, dem Sondergerichtshof für Sierra Leone, dem Internationalen Strafgerichtshof, dem Menschenrechtsausschuss der Vereinten Nationen in Genf und dem Afrikanischen Gerichtshof für Menschenrechte und Rechte der Völker in Arusha, Tansania.

Dr. György Tatár

Dr. György Tatár ist seit 2011 Vorsitzender des Kuratoriums der Stiftung für die internationale Verhütung von Völkermord und Massengräueltaten mit Sitz in Budapest, Ungarn. Bevor er zur Stiftung kam, arbeitete er von 2004 bis 2010 für den Hohen Vertreter der EU für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik als Leiter der Task Force für horizontale Sicherheitsfragen und Konfliktprävention in der Abteilung für politische Planung und Frühwarnung. Von 1977 bis 2004 war er im ungarischen Außenministerium in verschiedenen Positionen in Budapest und in den ungarischen Botschaften in Bagdad, Prag und Wien tätig.

Robert Tyler

Robert Tyler ist Senior Policy Advisor bei New Direction — Foundation for European Reform, einer in Brüssel ansässigen Denkfabrik, die 2009 von Margaret Thatcher als offizielle Stiftung der Europäischen Konservativen Bewegung gegründet wurde. Vor seiner Tätigkeit für New Direction arbeitete er als politischer Berater im Europäischen Parlament mit den Schwerpunkten Außenpolitik und Terrorismusbekämpfung.

Danksagungen

Das New Lines Institute und das Raoul Wallenberg Centre for Human Rights möchten sich bei den folgenden Personen für ihre unschätzbare Unterstützung bedanken, ohne die dieser Bericht nicht möglich gewesen wäre:

Robert Tyler, leitender politischer Berater, New Direction

Aram Shabanian, OSINT-Spezialist, New Lines Institute

Skylar Banks, Politik-Praktikantin, Raoul Wallenberg Centre for Human Rights

Clément Gun Cuninghame, Recherche-Praktikant, New Lines Institute

Ella Johnson, Rechtspraktikant, Raoul Wallenberg Centre for Human Rights

Alec Dionne, Recherche-Praktikant, New Lines Institute

Für Übersetzungsarbeit:

Dr. Aboubacar Dakuyo, Bildungszentrum für Menschenrechtsforschung, University of Ottawa

Yurii Popovych, Übersetzer

Maksym Popovych, Rechtsredakteur

Ganna Huemer, Übersetzerin

Peter Marius Huemer, Übersetzer

Pavel Havlicek, Wissenschaftlicher Mitarbeiter des Forschungszentrums, Association for International Affairs